

Sozialdemokratischer Pressedienst

Redaktions- und Geschäftsstelle:
Erich Kästnerstrasse, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4123/4124



Abgabe für Zeitung und Geschäftsstelle:
Berlin 6264, Tele. Wilhelm-Platz 6
Telegraphisch: Geparat

Die Zeitung ist im Gekleboten.
Der Inhalt ist nur auf dem Inhalt der Zeitung zu beruhen, nicht auf dem Inhalt der Zeitung.
Der Inhalt der Zeitung ist nur auf dem Inhalt der Zeitung zu beruhen, nicht auf dem Inhalt der Zeitung.

Berlin, den 14. Novbr. 1932.

Int. Institut
 Soc. Geschichts
 Amsterdam

Explosion von unten?

Papen und die sächsischen Gemeindewahlen.

SPD. Der Reichskanzler hat am Montag in Dresden einen Staatsbesuch abgestattet und seine offizielle Rede beendet mit den Worten: "Ich verlasse Dresden mit der absoluten Zuversicht, dass die Reichsregierung Deutschland wieder aus dem Tal der Niederungen führen wird." Wenn er sich die Zeit genommen hätte, vor dieser offiziellen Rede die Ergebnisse der sächsischen Gemeindewahlen genau zu prüfen, so würde er erkannt haben, dass der Boden, auf dem er steht, immer stärker wankt und dass, je mehr er sich brüstet und sich stark macht, vulkanische Kräfte unter seinen Füßen sich sammeln!

Die Spekulation der Nationalsozialisten, dass die reaktionäre Politik Papens ihnen Wähler zutreiben würde, ist gründlich in die Brüche gegangen. Die Reaktion Papenscher Couleur stärkt nicht die Reaktion Hitlerscher Couleur. Das Ergebnis der sächsischen Gemeindewahlen zeigt, dass dem ersten grossen Einbruch in die nationalsozialistische Wählermasse vom 6. November am 13. November sofort ein weiterer ebenso grosser Einbruch gefolgt ist, der nicht nur von lokaler, sondern von allgemeiner Bedeutung ist.

Bei den sächsischen Gemeindewahlen ist, wie zu erwarten war, die Wahlbeteiligung gegenüber dem 6. November zurückgegangen. Noch viel stärker aber ist der Stimmrückgang der Nationalsozialisten gewesen. Wollte man die Reichstagswahlen vom Juli zum Vergleiche heranziehen, so würde man einen Niedergang von geradezu katastrophalen Dimensionen erkennen. In einzelnen kleineren Orten ist der Stimmrückgang der Nationalsozialisten bis zu 75 Prozent gegangen! Aber auch in den grösseren Städten ergibt sich ein eindrucksvolles Bild des Zurückflutens der Welle der Nazikonjunktur. Folgende kleine Tabelle, die die Ergebnisse in den sieben sächsischen Städten Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Bautzen, Glauchau zusammenfasst, zeigt die Entwicklung ganz drastisch.

	6. Nov.	13. Nov.	Rückgang	Prozent
Sozialdemokraten	369 421	320 269	49 152	13
Kommunisten	231 899	240 965	9 066	4
Nationalsozialisten	411 685	325 612	86 073	21

Die Stimmen der Sozialdemokraten sind mit der geringeren Wahlbeteiligung zurückgegangen, die Kommunistische Partei hat sich trotz geringerer Wahlbeteiligung nahezu behauptet, die Nationalsozialisten aber verlieren weit über den Prozentsatz des Rückgangs der Wahlbeteiligung hinaus!

Aus dem Einbruch in die marxistische Front, den die Nationalsozialisten anstreben, ist ein tiefgehender Einbruch in die Front der Nazis erfolgt, der schon fast bis an den Kern herangeht. Leider hat sich innerhalb der marxistischen Front die Verschiebung zu den Kommunisten hin, die sich bereits bei den Reichstagswahlen gezeigt hatte, auch bei den sächsischen Gemeindewahlen wiederholt! Es wird angestrengter Arbeit der Sozialdemokratischen Partei bedürfen,

um diese Bewegung wieder rückläufig zu machen und um die Sammlung einer einzigen Arbeiterfront hinter den Fahnen des demokratischen Sozialismus herbeizuführen!

Es ist kein Zweifel, dass nicht nur die Krisennot, sondern dass auch die Dreistigkeit der politischen Reaktion Teile der Arbeiterschaft zu reinen Protestlern gemacht hat und sie in das Lager der Verzweiflungstaktiker und der Gewaltanbeter in der KPD getrieben hat!

Während Herr von Papen weiter deklamiert, haben die sächsischen Gemeindewahlen ein Stimmungszeichen ersten Ranges ergeben. Sie sind die Begleitmusik zu den Gerüchten über die neuesten Absichten der feudalen Reaktion, sie zeigen deutlich, dass, wenn die feudale Reaktion zum äussersten greifen wollte, eine Explosion von unten die Folge sein könnte!

SPD. Karlsruhe, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gegenüber dem dem Landtag vorliegenden Konkordat zwischen dem Lande Baden und der römischen Kirche droht sich zu einem Parteikonflikt im Lande auszuarten. Die Fraktion hatte am Freitag beschlossen, sich bei der Abstimmung über das Konkordat im Landtag der Stimme zu enthalten. Sie hatte in einer Erklärung ihre Haltung begründet. In einem Aufruf "An die badische Sozialdemokratie" wendet sich nun der Landesvorstand der Sozialdemokratie Badens gegen diese Stellungnahme der Landtagsfraktion. Er veröffentlicht eine Erklärung folgenden Wortlauts:

"Die Landtagsfraktion gibt durch die Presse bekannt, dass sie sich bei der Abstimmung über das Konkordat mit der katholischen Kirche der Stimme enthalten will. Damit übernehmen die an der Abstimmung teilnehmenden Fraktionsmitglieder die alleinige Verantwortung dafür, dass evtl. das Konkordat durch ihre Stimmenthaltung zur Annahme gelangt. Diese Haltung entspricht aber nicht dem Willen der absoluten Mehrheit der badischen Sozialdemokratie. Die Mehrheit der badischen Parteimitglieder wünscht eine positive Abstimmung der Fraktion, d.h. die Ablehnung des Konkordats. Eine Mehrheit in der Fraktion setzt sich also bewusst und vorsätzlich in direkten Gegensatz zur Parteimehrheit. Landesvorstand und Parteiausschuss haben alle statutarischen Mittel in Anwendung gebracht, um die Fraktionsmehrheit von der parteischädigenden Einstellung abzubringen. Nach dem Beschluss des Berliner Parteitages von 1924 liegt die letzte Entscheidung bei der jeweiligen Landtagsfraktion. Der Landesvorstand kann keinen Beschluss nicht aufheben. Er steht aber nicht an, in aller Öffentlichkeit zu erklären, dass er die Einstellung der Fraktion für falsch und parteischädigend hält. Der Landesvorstand ermahnt die Fraktion nochmals in letzter Stunde, die Missachtung des Willens der Parteimehrheit aufzugeben und sich in eine Linie mit der gesamten Mitgliedschaft Badens zu stellen. Das Verlangen des Volkes geht nach Arbeit, Freiheit und Brot und nicht nach dem Abschluss von Kirchenverträgen."

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Staatsrat Rückert, hat zu der Verlautbarung des Landesvorstandes folgende Erklärung abgegeben:

"An unsere Parteigenossen im Lande! Die Erklärung des Landesvorstandes gegen die Fraktion ist ungewöhnlich. Sie ist aber auch unhaltbar. Wer die Entwicklungsgeschichte des badischen Konkordats kennt, kann sich die Auffassung des Landesvorstandes nicht zu eigen machen. Wäre sie richtig, so hätten auch unsere preussischen Genossen, die positiv für das Konkordat stimmten, parteischädigend gehandelt. Dies ist nicht der Fall. Die Fraktion weist deshalb den erhobenen Vorwurf mit aller Entschiedenheit als unqualifiziert zurück. An ihrer Stellung ändert sich nichts. Ihr dauerndes Bestreben, dem Volke Arbeit und Brot zu verschaffen und die Freiheit zu erhalten, wird durch die Kirchenverträge nicht berührt."

SPD. Der Reichskanzler hat die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitscheid zu Mittwoch abend 6 Uhr zu einer Besprechung zu sich geladen.

Da es zunächst den Anschein hatte, als ob der Reichskanzler nur mit den Führern der Rechtsparteien und des Zentrums Fühlung nehmen wollte, kommt die Einladung, die er an die sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitscheid hat ergehen lassen, einigermaßen überraschend, und man fragt sich, was eigentlich mit der Anberaumung dieser Verhandlungen beabsichtigt ist.

Dass die Sozialdemokratie an den Erfolg des Wirtschaftsprogramms der Papen-Regierung nicht glaubt, dass sie ihre Notverordnungen ablehnt, dass sie in schärfster Opposition zu ihren Verfassungsplänen steht, dürfte Herrn von Papen bekannt sein. Er wird sich nicht der Illusion hingeben, den sozialdemokratischen Widerstand gegen das Reichskabinett und seine Politik durch Ueberredungskünste brechen zu können, und ebensowenig wird er die Hoffnung hegen, die Sozialdemokratie zu einer irgendwie gearteten Tolerierung seiner Regierung zu bewegen.

Was also will der Reichskanzler? Es bleibt schliesslich nur die Vermutung, dass er Unterredungen mit möglichst allen Parteien herbeiführen möchte, um schliesslich vor der Oeffentlichkeit erklären zu können, dass er nichts unversucht gelassen habe, eine Verständigung zwischen Präsidialkabinett und Parlament herbeizuführen. Da diese Bemühungen gescheitert seien, gebe es eben nur die eine Möglichkeit, den grundsätzlichen Bruch mit dem Reichstag zu vollziehen.

Aber der Reichskanzler wird sich darüber im klaren sein müssen, dass ein solches Vorgehen seine Stellung gegenüber dem Lande in keiner Weise verbessern würde. Das Spiel wäre zu durchsichtig, zumal da es von einem Manne gespielt wird, der sich an die Parteiführer wendet, nachdem er während der ganzen Wahlkampagne die ganze Schale seines Zorns und seiner Verachtung über die Parteien ausgegossen hat.

SPD. Flensburg, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Einer der üblichen Naziüberfälle auf Gastwirtschaften, in denen vorwiegend Angehörige der Linksparteien verkehren, fand durch das Sondergericht in Flensburg seine Sühne. Ein Nationalsozialist wurde zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Drei nationalsozialistische Angeklagte erhielten je 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.

Die angeklagten Nationalsozialisten waren in eine von den Nazis boykottierte Wirtschaft eingedrungen. Die alten Wirtsleute, die das Lokal schon geschlossen hatten, wurden in Schach gehalten. Die Nazis schenkten sich dann selbst Bier ein und liessen es weiter laufen. Schliesslich nahmen sie drei gefüllte Likörfaschen und warfen mit einigen leeren Flaschen die Spiegelscheiben des Lokals ein. Einer der Helden zog eine Pistole und feuerte acht Kugeln durch die Scheiben in die Gastwirtschaft. Einige Tage später überfielen die vier Rowdies die Wohnungen einiger früherer Nationalsozialisten, die sich von Hitler und den Seinen mit Abscheu zurückgezogen hatten.

SPD. Schon seit Wochen besteht die grosse Befürchtung, dass das laufende Etatjahr ein neues grosses Defizit aufweisen werde, obwohl die Papen-Regierung einen ausgeglichenen Etat übernommen hatte. Vor den Reichstagswahlen wurden solche Befürchtungen als grundlos abgetan. Am Sonnabend hat nun der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk im Reichsrat zum ersten Mal Auskunft über die Finanzlage gegeben. Aus den dürftigen offiziellen Mitteilungen ist zu entnehmen, dass jetzt nach den Wahlen auch die Reichsregierung die Befürchtungen über ein neues grosses Defizit als berechtigt zugibt.

Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk hat mitgeteilt, dass die Reichsregierung im laufenden Etatjahr mit einem Ausfall bei den Steuer- und Zollein-

nahmen in Höhe von 700 bis 800 Millionen rechnet. Von dieser Summe fallen etwa 400 Millionen auf das Reich, der Rest auf Länder und Gemeinden. Wie stark der Rückgang bei einzelnen Steuern ist, zeigt die Mitteilung, dass die Lohnsteuer nicht 900 sondern nur 770 Millionen, also 130 Millionen weniger erbringen werde. Bei der veranlagten Einkommensteuer schätzt man den Ausfall auf 140 Millionen, bei der Körperschaftsteuer auf 30 Millionen. Die Umsatzsteuer wird trotz ihrer Erhöhung auf 2 Prozent, der Beseitigung der Freigrenze von 5000 Mark und einer wesentlichen Verschärfung der Einziehung nur einen Ertrag von 1400 Millionen bringen, also den gewaltigen Ausfall von 420 Millionen zeigen.

Da etwa die Hälfte der Mindereinnahmen den Ländern zur Last fällt und Deckung durch andere Einnahmen nicht zu sehen ist, so ist es verständlich, dass mehrere Finanzminister der Länder erklärten, ihnen sei überhaupt die Aufstellung eines Etats für 1933 nicht möglich. Aber auch der Reichsfinanzminister hat für das Reich eine ähnliche Erklärung abgegeben. Trotz der zwingenden Vorschrift der Reichsverfassung, nach der dem Reichstag Anfang Dezember der Etat vorgelegt werden muss, will die Reichsregierung davon absehen. Sie fürchtet anscheinend den ungünstigen Eindruck, den die offene Darlegung der vorhandenen Finanzschwierigkeiten machen muss. Denn während die früheren Regierungen die wesentlich grösseren Schwierigkeiten immer wieder meisterten und der Öffentlichkeit Rechenschaft über die Finanzgebarung ablegten, hat die autoritäre Regierung es in wenigen Monaten so weit gebracht, dass sie selbst keinen Ausweg aus den finanziellen Schwierigkeiten mehr sieht.

Von besonderem Interesse dürfte deshalb die Mitteilung sein, dass die Länderfinanzminister neue Einschränkungen bei den Personalausgaben anregen, sei es durch direkte Kürzung der Beamtengehälter, durch Verschiebung der Zahlungstermine oder ähnliche Massnahmen. Obwohl der Reichsfinanzminister für das Reich solche Kürzungen als im Widerspruch mit ihren auf wirtschaftlichem Gebiet eingeleiteten Massnahmen ablehnte, meinte er doch, es bleibe den Ländern unbenommen, von sich aus diejenigen Beschlüsse zu fassen, die sie für notwendig hielten.

Man muss sich also noch auf allerlei gefasst machen!

SPD. Dresden, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Chef der Papen-Barone weilte am Montag zu einem "Staatsbesuch" in Dresden. Beim Verlassen des Bahnhofsgebäudes wurde von Papen mit den Rufen "Heil Hitler" und "Nieder mit Papen" empfangen.

Vor der Dresdner Presse führte der Reichskanzler u.a. folgendes aus: "An die Spitze meiner Ausführung möchte ich das Bekenntnis stellen, dass ich durchaus der Interpret einer föderalistisch eingestellten Reichsregierung bin. Das ist selbstverständlich, dass an den Problemen der Reichsreform die Länder in hohem Masse teilhaben und dass sie entscheidend an diesen Fragen mitzuwirken haben. Wenn wir von einer Reform unseres verfassungsmässigen Lebens sprechen, so haben wir niemals im Sinne gehabt, die Mitwirkung des Volkes an dem Geschick des Landes in irgend einer Weise auszuschalten. Im Gegenteil: wir haben uns bemüht, von vornherein klarzumachen, dass wir eine neue bessere konstitutionelle Basis schaffen bemüht sind, die gerade eine Mitwirkung der breitesten Massen des Volkes an der Regierung erst ermöglicht. Was wir wollen, ist lediglich, den überkapitzten Parlamentarismus auszuschalten, der nach dem Vorbild der westlichen Demokratie in Deutschland eingeführt ist. Was uns not tut, ist nicht Streit über Personenfragen, scheint mir, denn ich habe es immer wieder betont, dass Personenfragen an sich keine entscheidende Rolle spielen."

Als der Reichskanzler den städtischen Behörden im Dresdner Rathause einen Besuch abstattete, wurde er von einer tausendköpfigen Menge mit dem Ruf "Nieder mit dem Hungerkanzler!" empfangen. Als er das Rathaus verliess, ertönte Johlen und Pfeifen.

SPD. In der neuesten Nummer des offiziellen Organs des christlichen Metallarbeiter-Verbandes tritt Franz Wieber, der Redakteur dieses Organs, angesichts des Wahlausgangs vom 6. November für die Schaffung einer Sozialen Front des deutschen Volkes ein, in der er Zentrum, Nationalsozialisten und Sozialdemokratie vereinigt wissen will. Wieber steht mit derartigen Plänen im Zentrum keineswegs allein. Es gibt in der Zentrumspartei weite Kreise, die ihm zustimmen und seinen Vorschlag lieber heute als morgen verwirklicht sehen möchten. Das Ziel dieser Front soll der Sturz der Papen-Regierung sein. Aber hören wir, wie Wieber seine Anregung begründet:

"Wir betonen und unterstreichen nochmals scharf, dass uns parteipolitische Momente völlig fern liegen, aber um der Nation und der Arbeiterschaft halber sagen wir, dass gegenüber der Herrenclique um Hugenberg nur der Kampf bleibt. Wer die Unterdrückung der Arbeiter sanktioniert, wer die verfassungsmässigen Rechte des Volkes bagatelliert und verschütten will, ist ein Feind der Nation, da mag er heissen, wie er will und stehen, wo er will, und er muss demgemäss behandelt werden. Wir wissen, dass das Aufwerfen der Frage von der Möglichkeit eines Zusammengehens zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und Sozialisten zunächst fast nur Gegensätze hervortreten lässt. Wir sehen Haupter wackeln und auf Schwierigkeiten hinweisen. Wir aber sehen zuerst: Nation und Staat sind in höchster Gefahr, Arbeiterschaft ist in höchster Gefahr. Das ist unsere Sorge. Wir haben schärfstens gegen den Gedanken einer Einheitsgewerkschaft gekämpft, weil sich verschiedene Weltanschauungen nicht einfach vermengen lassen. Etwas ganz anderes aber ist ein aus Notwendigkeiten der Stunde heraus geborenes Zusammengehen von politischen Parteien."

An diesen Ausführungen begrüssen wir die Entschlossenheit der christlichen Gewerkschaften zur Abwehr des Papen-Regimes. Die freien Gewerkschaften werden zu einer derartigen Abwehr, unter der wir uns in erster Linie ausserparlamentarische Aktionen vorstellen, immer bereit sein. Allerdings nur mit ehrlichen Bundesgenossen und nicht mit Leuten, die ihnen mitten im Kampf in den Rücken fallen können.

SPD. Wien, 14. Nov. (Eig.Drahtb.)

Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der zurzeit in Wien tagt, führte der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie u.a. folgendes aus:

"Auch bei uns hat sich das Bürgertum auf der Rechten gesammelt, und wenn vielleicht auch in den nächsten drei Wochen die Koalition zwischen der feudalen Reaktion und den Hitlerianern noch nicht zustandekommen sollte, so werden sie in dem Augenblick, wo einer von ihnen nicht mehr imstande ist, die Macht auszuüben, einig sein. Damit kommen wir in Deutschland zu einer neuen taktischen Situation. Die Zeit der Tolerierungen und Koalitionen ist zu Ende. Unbeschwert von früheren Bindungen werden wir die Kaders der Sozialdemokratie unabhängig formieren und die sozialistischen Forderungen als Gegenwartsaufgaben neben die selbstverständliche Verteidigung demokratischer Rechte stellen können. In der Arbeiterschaft Deutschlands beider Lager besteht eine tiefe Sehnsucht nach der Einheitsaktion. Wenn sie trotz unserer Bereitwilligkeit bisher nicht zustandekam, so müssen wir das der Tatsache zuschreiben, dass die andere Seite einem ausserhalb des Landes liegenden Einfluss unterliegt. Je mehr aber bei uns die demokratischen Volksrechte bedroht werden, umso unwiderstehlicher wird der Wille zur Einheit im deutschen Proletariat."

Der Parteitag nahm bisher u.a. ein Referat des Abgeordneten Dr. Deutsch über die Frage moderner Organisation und moderner Agitation entgegen. Deutsch erklärte, dass es angesichts der hemmungslosen und skrupellosen Methoden der Hakenkreuzler notwendig sein werde, die Agitation des Sozialismus umzustellen und zu verbessern. Er befasste sich dann mit dem Problem der Jugend in der Partei und sagte, es habe nie eine Zeit gegeben, in der die Lage der Arbeiter-

jugend hoffnungsloser gewesen sei als gegenwärtig. Diese Verzweiflung mache die Jugend für Schlagworte von rechts und links empfänglich. Es habe keinen Sinn, das zu verurteilen. Man müsse es verstehen lernen. Die heutige Jugend der Partei, die zum grössten Teil niemals regelmässig in einem Betrieb gearbeitet habe, habe den Klassengegner nicht kennen gelernt. Es komme darauf an und es sei eine Kardinalfrage des Sozialismus, diese Jugend mit neuen Methoden in die Partei einzugliedern, sodass sie eine Kampftruppe der Partei werde und das Recht bekomme, das ihr im Kampfe zustehe. Es solle nicht eine Sonderorganisation junger Menschen, sondern eine Organisation junger Menschen im Rahmen des Sozialismus sein.

SPD. Am Sonnabend und Sonntag fand in Bremen eine Bundeskonferenz des Reichsbanners statt, an der die technischen Leiter der Gause teilnahmen. Als Vertreter der Organisationen der Eisernen Front war der Vorsitzende der SPD, Reichstagsabgeordneter Otto Wels, für den ADGB Bundessekretär Schlimme, für die Arbeitersportler Wildung und der Vorsitzende des Afa-Bundes, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser, anwesend.

Bundesführer Höltermann führte nach Gedenkworten für die 35 Toten, die das Reichsbanner im Laufe des Jahres zu verzeichnen habe, u.a. aus: "Das Ziel der Machthaber von heute ist, die Kraft der Arbeiterschaft niederzuringen. Unsere Aufgabe ist es zu zeigen, dass die Methode des Faschismus an der Kraft der deutschen Arbeiterschaft zerbricht. Den Kampf um die Wiedererringung der Demokratie müssen wir rücksichtslos aufnehmen. Aber es gilt nicht nur Stimmen zu holen, sondern vor allem die guten und brauchbaren Kämpfer für die Idee der demokratischen Freiheit zu sammeln."

Sehr eingehend behandelte Höltermann dann die Frage des Wehrsports, für dessen Durchführung auf breitester Grundlage und unter Benutzung aller sich bietender Gelegenheiten er sich unter dem Beifall der Tagung einsetzte. Ueber die Beteiligung des Reichsbanners am freiwilligen Arbeitsdienst berichtete der Bundesreferent Dr. Schwannecke, dass vom Reichsbanner 10 000 Kameraden in mehr als 100 Vorhaben unter der Leitung des Reichsbanners tätig seien. Weiter sind mehrere tausend Reichsbannerkameraden in Lagern der Ortsausschüsse für Jugendpflege.

Am Sonntag nachmittag führten Abteilungen des Bremer und Hamburger Reichsbanners wehrsportliche Uebungen, Gepäckmärsche, Signal- und Blinkübungen und Geländeübungen in geschlossenen Formationen vor, die von den trotz schärfster Kälte stundenlang ausharrenden Tausenden von Zuschauern mit Interesse und Begeisterung aufgenommen wurden.

SPD. Kaiserslautern, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)
In der Pfalz ist zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit ein Naziführer als Brandstifter und Versicherungsbetrüger entlarvt worden. Mit ihm stehen die Nazi-partei und ihre Propaganda-Methoden am Pranger.

Im ersten Fall war es ein Gastwirt und SA-Führer, der sein eigenes grosses Anwesen eingeäschert hatte. Selbstverständlich hatten es "die Roten" aus politischer Rache getan. Die Nazi-Führung der Pfalz erliess die entsprechenden Aufrufe und Sammellisten zirkulierten für den Geschädigten. Heute sitzt er, zusammen mit seinem Schwager, einem SA-Architekten, wegen Brandstiftung in Haft.

Am Tage vor der letzten Reichstagswahl wiederholte sich in der Pfalz das gleiche Spiel. Diesmal war es der Tabakwarengrosshändler und Nazileiter Jung aus Dittweiler, der sein gesamtes Anwesen, nachdem er es hoch versichert hatte, in Flammen aufgehen liess. Wiederum Flugblätter, in denen Sozialdemokraten und Kommunisten des roten Brandterrors beschuldigt wurden. Der Staatsanwalt liess sich glücklicherweise nicht bluffen. Heute ist Jung der Brandstiftung überführt und erwartet im Untersuchungsgefängnis seine Aburteilung durch das Schwurgericht.

SPD. Kaum eine Rede des Herrn von Papen, in der er nicht auf die gewaltigen und heldenmütigen Opfer der Kriegszeit beispielhaft hinweisen würde. In Königsberg haben sich jetzt diese Opfer des Krieges durch den Mund des "Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen" laut und vernehmlich gemeldet. Was aber auf diesem zweitägigen Kongress von den Delegierten aller Landesteile gesagt wurde, war eine einzige Anklage gegen Herrn von Papen und seine Regierungsmethoden. Wörtlich wurde auf diesem Kongress den Baronen von dem Verbandsvorsitzenden gesagt:

"Heute regen sich wieder die Kräfte, die im Grunde die Verantwortung dafür tragen, dass der Krieg mehr als vier Jahre gedauert hat. Sie wollen die inneren Kriegslasten den leistungsschwachen Bevölkerungsschichten aufbürden, anstatt sie aus dem Ertrag der Wirtschaft gerecht zu verteilen. Gegenüber den Verfassungsreformplänen der Reichsregierung fragen die alten Frontsoldaten: Gibt es heute in Deutschland keine dringenderen Aufgaben? Wenn der Reichsinnenminister in Anlehnung an eine nationalsozialistische Forderung Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten ein mehrfaches Stimmrecht verleihen will, so wird eine Regierung, die alle Bezüge der Kriegsoffer einschneidend schmälerte, mit solchen Tröstungen wenig Verständnis finden. Wir wollen politische Gleichberechtigung und keine neuen Ungleichheiten! Wir wollen gleiches Recht für alle und keine Vorrechte! Zu den Plänen auf Schaffung einer Ersten Kammer neben der Volksvertretung, die nur eine Rückkehr zum alten Staat bedeuten würde, zu Papens Kritik an der parlamentarischen Demokratie sagt die grosse Mehrheit der Kriegsteilnehmer: Wir ersehnen den Tag, an dem die parlamentarische Demokratie wieder verfassungsmässig arbeiten kann!"

In erschütternden Zahlen kam aber auch von allen Rednern zum Ausdruck, wie das Papen-Regime die Opfer des Krieges bereits geschädigt hat und wie die Tate der Barone auch gegenüber diesem Teil des Volkes zu bewerten sind. Seit dem Regierungsantritt der Barone hat sich die soziale Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ausserordentlich verschlechtert. Die Unterstützungen sind herabgesetzt und abgebaut und der Rechtsanspruch auf Rente ist einschneidend vermindert worden. Es wurde in Königsberg in allen Einzelheiten bewiesen, "wie verhängnisvoll sich das Regieren einer unverantwortlichen Ministerialbürokratie unter dem Papenkurs ausgewirkt hat und dass bei allen Schwächen der Parlamentarismus weit besser funktioniert und sich seiner sozialen Verantwortung bewusst ist als die heutige Diktaturwirtschaft der Barone".

"Zurück zur Demokratie, zurück zum Recht" war das Leitmotiv und der einstimmige Ruf des Kongresses der Kriegsoffer.

SPD. München, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die politischen Erlebnisse, die die bayerischen Regierungsmitglieder des Reichsrats am Freitag und Sonnabend in Berlin hatten, veranlassten sie auf dem schnellsten Wege, die Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei zusammenzurufen. In der am Montag nachmittag abgehaltenen Sitzung wurde nach einer längeren Aussprache über die grundsätzliche Haltung der Partei zur Lage im Reich volle Einmütigkeit festgestellt.

Die Bayerische Volkspartei wird - so heisst es in dem offiziellen Bericht über die Sitzung, an der sämtliche Mitglieder der bayerischen Geschäftsregierung teilnahmen - alles einsetzen, um eine ruhige und gesetzmässige Entwicklung in Deutschland zu fördern und eine Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichstag zu erleichtern. Sie ist sich allerdings bewusst, dass das nicht nur bei allen Parteien die Einfügung in eine grosse deutsche Notgemeinschaft erfordert, sondern auch bei der Reichsregierung den ehrlichen Willen voraussetzt, wirklich ernsthaft die Zusammenarbeit mit dem Reichstag anzustreben. Die Gerüchte, wonach die Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern nur zum Schein geführt würden und die Reichstagsauflösung schon vor Zusammentritt des Reichstags und, ohne dessen Arbeiten abzuwarten, beschlossene Sache sei, wurden

ernsthaft geprüft und dabei kam die Ueberzeugung zum Ausdruck, dass, wenn hinter diesen Gerüchten trotz aller offiziellen Dementis doch Absichten ernstzunehmender Politiker stehen, die Bayerische Volkspartei dieser Katastrophenpolitik, die einen schmachvollen Missbrauch des Vertrauens des Reichspräsidenten und eine leichtfertige Herausbeschwörung revolutionärer Gefahr bedeuten würde, mit allen Mitteln entgegenarbeiten und unentwegt die Zusammenfassung aller gutgesinnten Kräfte im deutschen Volk anstreben muss.

Noch deutlicher als dieser Sitzungsbericht spricht sich die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz in einem Artikel "Novemberstimmung" über die Lage aus. Sie umreißt die politische Situation durch die Stellung folgender Frage: "Wie kann die deutsche Politik von der täglich zunehmenden Verwirrung und von der Schwäche befreit werden, in die sie hineingeraten ist und die einen Grad angenommen hat, dass heute die verantwortungsbewusstesten Leute sich nicht scheuen, von einer revolutionären Atmosphäre zu sprechen? Wenn diese Stimmung weiterfrisst und wenn es nicht gelingt, sie zu bändigen, dann treiben wir einer seelischen Verfassung in Deutschland zu, in der eine positive und vernünftige politische Arbeit überhaupt nicht mehr möglich ist. Die Tatsache, dass auch in der Reichsregierung Männer sitzen, die sich durchaus des Ernstes der Lage und der fatalen inneren Schwäche der jetzigen Regierungskonstellation bewusst sind, schützt uns vor dem Versuch einer oppositionellen Flaumcherei. Das Schlimmste, was die Reichsregierung tun könnte, wären Massnahmen, die mit dem Schein äußerster Rücksichtslosigkeit die tatsächlichen inneren Schwächen verheimlichen sollten: Eine solche Massnahme wäre die Flucht der Regierung in eine neue Reichstagsauflösung, bevor der Reichstag überhaupt in Tätigkeit getreten ist. Das wäre die Idee einer wahnwitzigen Katastrophenpolitik. Die Bayerische Volkspartei wird mit allen politischen Mitteln eine Politik bekämpfen, der nichts anderes einfällt, als durch eine notorische Misachtung der Volksvertretung eine Stimmung im Volke zu schaffen, die in der Tat zu einer Explosion führen muss."

Zum Schluss nennt die Korrespondenz dann als eines der ersten bayerischen Abwehrmittel gegen diese Katastrophenpolitik im Reich die Schaffung gesicherter und unbestrittener Regierungsverhältnisse in Bayern. Sie deutet damit die beabsichtigte Regierungskoalition der Bayerischen Volkspartei mit den Nazis an, die im Landtag über eine Zweidrittelmehrheit verfügen würde.

SPD. Halberstadt, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

In einem Landfriedensbruchprozess, der während der vergangenen Woche vor dem Landgericht Halberstadt unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurde, sind am Montag wegen schweren Landfriedensbruchs und Körperverletzung der Lehrer Fritz Bauermeister und der Tapezierer Artur Köhrich, beide Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, zu einem Jahr sechs Monaten bzw. einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Kommunist Nawrot erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Die Angeklagten Paul Schilling, ebenfalls Sozialdemokrat, sowie die Kommunisten Siebel und Hartmann wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Bauermeister, Köhrich, Schilling und Nawrot je ein Jahr drei Monate Gefängnis beantragt, gegen Siebel ein Jahr vier Monate Zuchthaus und gegen Hartmann drei Monate Gefängnis.

In der Nacht zum 13. Juli versuchten einige Nazis in Oschersleben, Versammlungsplakate der Eisernen Front abzureissen, wodurch es zu einem Zusammenstoss kam, bei dem die Nazis von ihren Gegnern verprügelt wurden. Wer eigentlich geschlagen hatte, konnte nicht festgestellt werden. Es wurde vom Staatsanwalt nicht einmal von den vor Gericht gestellten Angeklagten behauptet. Drei von ihnen mussten freigesprochen werden, weil sie nicht an der Prügelei beteiligt waren. Bei den übrigen Angeklagten genügte die Anwesenheit bei dem Krawall, um sie wegen Landfriedensbruchs zu verurteilen. Bauermeister wurde noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus verurteilt, weil er mit den Worten: "Lasst Euch nicht provozieren, rückt ab!" die Menge zu Gewalttätigkeiten aufgereizt hätte. Als

Jugenderzieher, heisst es in der Urteilsbegründung, hätte er die Pflicht gehabt, scharfe Worte der Missbilligung an die Menge zu richten, aber in der Aufforderung, sich nicht provozieren zu lassen, liege eine Aufreizung. Köhrlich wurde besonders deswegen verurteilt, weil er als Sohn des sozialdemokratischen Stadtrats die Menge nicht abgehalten habe.

Gegen das unerhörte Urteil des Halberstädter Gerichts wird Revision eingelegt werden.

SPD. München, 14. Nov. (Eig.Drahtb.)

In Bayern ist man nach den Zusagen der Reichsregierung für die Rückkehr zum bundesstaatlichen Reich von 1871 entschlossen, mit den Nationalsozialisten eine Koalitionsregierung zu bilden. Für die Auslieferung des Kultusministeriums und des Justizministeriums an die Nazis soll deren Zustimmung zur Änderung des § 92 der bayerischen Verfassung eingehandelt werden, der jede Änderung der freistaatlichen Verfassung an die Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags knüpft. Die Bayerischen Volkspartei hat schon wiederholt die Änderung dieses Verfassungs-Paragraphen versucht, sogar mit Hilfe eines Volksreferendums, doch sind alle diese Versuche bisher gescheitert. Durch die Änderung des genannten Verfassungs-Paragraphen soll der alte Plan der Einführung eines bayerischen Staatspräsidenten verwirklicht werden, für den kein anderer als der Kronprinz Rupprecht im Hintergrund steht.

SPD. Saarbrücken, 14. Nov. (Eig.Drahtb.)

Die Kommunalwahlen im Saargebiet brachten für die Sozialdemokratie einen Zuwachs von 10 Prozent gegenüber den Saar-Landesratswahlen vom März dieses Jahres. Auch die kommunistische Brandler-Opposition und die Deutsche bürgerliche Mitte (Wirtschaftspartei) konnten erheblichen Zuwachs buchen, während das Zentrum 11 Prozent, die linientreuen Kommunisten 10 Prozent, die Deutsch-Demokratische Partei 50 Prozent und die Christlichsozialen 20 Prozent verloren. Gleichzeitig fand in einer Reihe von Kreisen eine Verschiebung von der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen zu den Nationalsozialisten statt, die aber insgesamt nur ein Viertel der marxistischen Stimmen im Saargebiet erreichten. Dank der katastrophalen Papen'schen Aussen- und Innenpolitik erhielten die Saarbund-Separatisten zum ersten Male je ein Mandat in sieben Orten des Saargebiets. Das ist zwar minimal gegenüber den prodeutschen Mandaten, aber es ist für die spätere gemeinde- und kreisweise Abstimmung des Saargebiets und deren Beurteilung durch den Völkerbundsrat nicht bedeutungslos. Jedenfalls darf Herr von Papen, der sich rühmt, der erste Reichskanzler aus dem Saargebiet zu sein, auf diesen seinen "Erfolg" stolz sein.

SPD. Am Montag wollte Herr von Papen zu einem Staatsbesuch in Dresden.

Im Zuge hatte er eine Unterredung mit dem Berichterstatler eines Dresdner Blattes, dem der Reichskanzler sagte: "Die Reichsregierung sei aus eigenem Interesse weiter darum bemüht, die Volksmeinung nicht ausschalten zu wollen." Dieses neue Selbstporträt zeigt den Beauftragten des Herrenklubs in einer Stellung, in der ihn bisher noch niemand gesehen hat und die ihm auch keiner so leicht als bare Münze abnehmen kann. Hören wir richtig: "...weiter darum bemüht, die Volksmeinung nicht auszuschalten?"

Es sind kaum acht Tage vergangen, dass das deutsche Volk ausserordentlich klar und laut seine Meinung über und gegen die Papen-Regierung gesagt hat. Es geschah auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung. Der am 31. Juli gewählte Reichstag wurde bereits bei seiner Zusammenkunft wieder nach Hause geschickt

und aufgelöst, weil nach der Ansicht der Herren Papen und Gayl das Volk anders denke als dieses eben von ihm gewählte Parlament. Am 6. November sagte das Volk nochmals, welcher Meinung es ist. Es ist zu 90 Prozent anderer Ansicht als die Papen-Barone es sind. Neunzig Prozent der deutschen Wähler haben ihnen einen Absagebrief geschrieben und erklärt, sie wollten von ihnen und ihren Methoden nichts wissen.

Was tat aber der Reichskanzler? Er stellte sich naiv und taub, regierte nach den alten Methoden fort, als gäbe es kein Volk und als habe es nicht erst dieser Tage ein vernichtendes Urteil gesprochen. Ja mehr noch! Weil die Parteien und ihre Abgeordneten aus dem 6. November die Konsequenzen gezogen und Herrn von Papen bedeutet haben, dass er in allerhöchstem Masse unerwünscht sei, deshalb tauchen in den letzten Tagen in der Papenpresse die sonderbarsten Gerüchte auf. Es wird dort offen davon gesprochen, dass die Papen-Barone wiederum den Reichstag aufzulösen beabsichtigen und sie mit Artikel 48 noch ganz andere Dinge zu tun gedenken. Warum? Um den Willen des Volkes zu respektieren? "Um die Volksmeinung nicht auszuschalten?"

Nein, um auf dem Volkswillen und auf die Volksmeinung verzichten zu können, deshalb soll das Wahlg Glück korrigiert werden gemäß einem Spruchbaus der Zeit des Abenteurers Bonaparte Napoleon III. Aber selbst einem Teil der Papenpresse beginnt es Angst zu werden vor den Hussarenritten dieses Kanzlers, der unter Verzicht auf jegliche Volksmeinung ein Spiel begonnen hat, bei dem kein geringer Einsatz auf dem Tisch liegt, als Deutschland und das Geschick von 65 Millionen Menschen.

Sind es diese bedenklichen Stimmen aus dem eigenen Lager, die den Reichskanzler bewogen haben, im Zug nach Dresden wieder einmal die Volksmeinung entdeckt zu haben, die die Barone nicht ausschalten wollen? Wenn dem aber so wäre, wozu die ganze Rederei? Warum sagt Herr von Papen nicht offen und ehrlich: es ist nicht wahr, dass der Reichstag wieder aufgelöst werden soll, wenn er sich nicht meinem Diktat beugt; es ist nicht wahr, wenn im In- und Ausland behauptet und geschrieben wird, meine angekündigten Verhandlungen mit den Parteiführern sind nur Theatermasche, die Reichsregierung nimmt diese Verhandlungen garnicht ernst! Es ist die "Deutsche Allgemeine Zeitung", die am Montag abend zu diesen Gerüchten saht: "Entweder handelt es sich hierbei um ein persönliches Intrigenspiel im Schosse der Reichsregierung, da die mit Recht verabscheuten parlamentarischen Kulissenschiebereien in den Schatten stellt, oder es liegt ein solches Mass gesteigerter Ungeschicklichkeit verantwortlicher Funktionäre vor, deren Aufgabe es ist, die Regierungspolitik zu vertreten, dass sofortiges Eingreifen angebracht erscheint."

Warum lässt dieser um die Volksmeinung auf einmal so besorgte Reichskanzler zu, dass ihm die Hugenbergblätter und die Diktaturhetzer Pläne aufdrängen und nachsagen, die jeden, der die beschworene Verfassung ernst nimmt, vor den Staatsgerichtshof bringen müssten? Bis heute ist gegen diese Aeusserungen und Pläne noch kein Wort aus dem Munde des Herrn von Papen gefallen. Bis heute wartet das Volk auf ein klares unzweideutiges Dementi. Es ist nicht gegeben worden, die Gerüchte gehen weiter und bestehen, genährt und unterstützt durch die bisherigen Taten dieses Reichskanzlers.

Deshalb haben am 6. November 90 Prozent der Wähler ihr Urteil gegen Herrn von Papen klar verkündet und deshalb muss es ihm täglich neu in die Ohren gerufen werden: Abtreten, Herr von Papen. Das ist die Meinung des Volkes.

SPD. Das Zentrum hat sich in letzter Zeit wiederholt vergeblich bemüht, die während der Wahlkampagne unterbrochenen Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten wieder so in Gang zu bringen, dass schnellstens ein Ergebnis zustandekommen sollte. Allem Anschein nach aber sind den Nationalsozialisten die fortgesetzten Wahlniederlagen der letzten Zeit so in die Glieder gefahren, dass sie wenigstens zurzeit den Kopf verloren haben. Das Zentrum setzt jedoch seine Bemühungen fort.

SPD. Paris, 14. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der neue französische Abrüstungsplan oder, wie er jetzt genannt wird, der Organisationsplan für den Frieden, ist am Montag-Nachmittag veröffentlicht worden. Vorher hatte ihn der Ministerrat genehmigt.

Der Plan geht von dem von Hoover aufgestellten Grundsatz aus, dass die Verteidigungsmittel jedes Landes verstärkt und die Angriffsmittel verringert werden müssen. In diesem Sinne schlägt Frankreich eine Gesamtlösung vor, die etappenweise die Form für die militärischen Organisationen schaffen soll, die unter den besonderen politischen und technischen Bedingungen einer Legion eine Angriffspolitik erschwert. Nur mit dieser Methode, so heisst es in dem Text, glaubt Frankreich eine der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung gerecht werdende Lösung finden zu können, und zwar durch eine allmähliche Angleichung der Militärstatuten an ein Defensivsystem und durch eine gleiche Beteiligung an den Lasten und Vorteilen der im Völkerbunds-pakt vorgesehenen gemeinsamen Aktion. Jede Idee einer Wiederaufrüstung soll ausgeschaltet werden. Unter Bezugnahme auf diese Erwägungen unterbreitet die französische Delegation zur Abrüstungskonferenz eine Gesamtheit von Vorschlägen damit unter Vorbehalt eines Abkommens, das für sämtliche Mächte die Verpflichtungen bezüglich Beschränkung, Herabsetzung und Kontrolle der Rüstungen festlegen wird, eine Reorganisation in die Wege geleitet wird, die imstande ist, dort das Problem der Abrüstung gemäss seinen politischen und technischen Voraussetzungen zu lösen.

Das erste Kapitel basiert auf den Erklärungen Stimson's vor dem Rat für Auswärtige Angelegenheiten, wonach alle Signatare des Kelloggpaktes im Falle eines bewaffneten Konflikts ihre Neutralität gegenüber dem Angreifer aufgeben müssen. Es verfolgt das Ziel, dieses Prinzip von allen Staaten annehmen zu lassen. Diese müssen also im Falle einer Verletzung des Kellogg-Paktes u.a. ihre wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen zu dem angreifenden Staat unterbrechen.

Das zweite Kapitel, das sich nur auf die Mitglieder des Völkerbundes bezieht, sieht vor, dass die Anerkennung der im ersten Kapitel enthaltenen Grundsätze den Völkerbundsstaaten erlauben muss, ihre Verpflichtungen aus dem Pakt und besonders aus dem Artikel 16 voll und ganz zu erfüllen, ohne dass sie Gefahr laufen, sich in Opposition mit einem nicht dem Völkerbund angehörenden Staat zu befinden, der die Regeln der Neutralität strikt durchgeführt sehen möchte.

Das Kapitel drei, das besonders die europäischen Staaten betrifft, enthält politische und militärische Bestimmungen, die aber nur unter der Bedingung in Kraft treten können, dass zumindestens eine genügende Anzahl von Mächten ihnen zustimmen. Die politischen Bestimmungen beziehen sich auf die Bedingungen für einen gegenseitigen Beistand und sehen vor, dass alle Vertragspartner dem allgemeinen Schiedsgerichtsabkommen beitreten müssen. Falls einer der Signatare sich weigern sollte, auf eine friedliche Lösung eines Streiffalles einzugehen oder einen Schiedsspruch herbeizuführen, soll die andere Partei ermächtigt sein, den Völkerbundsrat anzurufen, der die zu treffenden Massnahmen bestimmen wird. Die Beschlüsse des Völkerbundsrats sollen mit Stimmenmehrheit und nicht wie bisher einstimmig gefasst werden. Die militärischen Bestimmungen verfolgen einen doppelten Zweck, nämlich gemäss den Grundsätzen Hoovers den Angriffscharakter der nationalen Landstreitkräfte auf dem europäischen Kontinent abzuschwächen und andererseits, die Ingangsetzung des gegenseitigen Beistandes durch die Organisation einer ersten Hilfe vorzubereiten, die sofort einem angegriffenen Staat zur Verfügung gestellt werden kann. Um das erste Ziel zu erreichen, sollen die Armeen der Vertragspartner allmählich auf eine einheitliche Form zurückgeführt werden, nämlich die eines Volksheeres mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränkten Truppenbeständen. Um die Gleichheit in der Verteidigung zu sichern wird be-

stimmt, dass bei der Abschwächung der Truppenbestände gemäss dem Artikel 8 des Paktes die jedem Staate eigenen Bedingungen und besonders die Ungleichheiten und Schwankungen der Rekrutierungsmöglichkeiten in Erwägung gezogen werden sollen. Ausserdem soll die in politischen Formationen erhaltene militärische Ausbildung und die Stärke der Polizeikräfte berücksichtigt werden. Diese Volksheere sollen kein starkes bewegliches Kriegsmaterial besitzen. Inbezug auf die erste Hilfe, die einem Vertragspartner eventuell ~~vorgesehen~~ ist, ist die Aufstellung von spezialisierten Truppenkontingenten vorgesehen, die mehr oder weniger lange unter Waffen stehen und mit einem Kriegsmaterial ausgerüstet werden, das für die Volksheere verboten ist. Diese Truppen sollen zur Verfügung des Völkerbundes stehen und auf den ersten Ruf in Aktion treten können. Andere Bestimmungen betreffen die Aufstapelung des Kriegsmaterials in jedem Land unter der Kontrolle des Völkerbundes, die allmähliche Vereinheitlichung dieses Materials, dessen Fabrikation kontrolliert und später international organisiert werden soll, und schliesslich die Einrichtung einer ständigen und regelmässigen Kontrolle für die Ausführung dieser Bestimmungen. Die Durchführung dieses Programms soll stufenweise erfolgen unter Ergreifung von Vorsichtsmassnahmen dagegen, dass in der Uebergangszeit keine Vermehrung der Streitkräfte oder Erhöhung der Rüstungsausgaben irgendeines Landes erfolgt.

Kapitel vier bezieht sich auf die Seestreitkräfte und die Kolonialtruppen. Auf dem Gebiet der Seerüstungen ist der Abschluss eines Mittelmeerpaktes zwischen den interessierten Regierungen vorgesehen, um allen Signataren zu erlauben, so weit als möglich abrüsten zu können (d.h. mit anderen Worten, dass Frankreich die von Italien verlangte Gleichheit der Seerüstungen anerkennen will, wenn Spanien in einem Konfliktfall beisteht. Der Korrespondent). Auf alle Fälle soll das gegenwärtig bestehende Verhältnis zwischen den Seerüstungen der einzelnen Länder intakt gelassen und unter Vorbehalt eines besonderen Regimes für die weniger als 100 000 Tonnen umfassenden Flotten (u.a. auch die deutsche Flotte) der festzusetzende Abrüstungskoeffizient auf die Flottenbestände angewandt werden, die im Jahre 1931 vorhanden waren. Ausserdem sieht dieses Kapitel vor, dass jeder Signatarstaat, der über Seestreitkräfte verfügt, auf einen Ruf des Völkerbundes die erste dringende Hilfe stellt, auf die ein angegriffenes Land nach Kapitel drei Anspruch hat. Die zu entsendenden Schiffe jeder Kategorie sollen im Voraus für jedes Land bestimmt werden.

Kapitel fünf beschäftigt sich mit den Luftrüstungen und registriert den bereits in Genf gefassten Beschluss des Verbots von Luftbombardements und einer entsprechenden Abschaffung der Bombenflugzeuge unter dem Vorbehalt, dass ein System ausgearbeitet wird, das die militärische Benutzung der Zivilflugzeuge ausschliesst. Die französische Delegation schlägt in diesem Sinne die Schaffung einer "Europäischen Luft-Transport-Union" vor. Ferner wird im Kapitel fünf ebenso wie bei den Landstreitkräften die Bildung einer internationalen Luftstreitmacht verlangt, deren Personal aus Freiwilligen verschiedener Nationalität gemäss einem zu bestimmenden Kontingent bestehen soll.

Am Schluss heisst es in dem Plan, dass alle Teile des Planes solidarisch sind und er gemäss der Entwicklung des Vertrauens und gemäss der Loyalität bei der Ausführung der übernommenen Verpflichtungen allmählich durchgeführt werden soll.

Aus aller Welt

Der "christliche" Rundfunk.

Vor-Bekanntgabe der Richtlinien - Auch Italien erlebt seine Radiokrise - Was begibt sich auf Welle Welt?

SPD. In den nächsten Tagen werden die Richtlinien, nach denen in Zukunft der deutsche Rundfunk verwaltet werden soll, in ihrer Gesamtheit veröffentlicht. Die Richtlinien werden auch Angaben über die künftige Programmgestaltung enthalten. Die Phrasen, die bisher aus dieser neuen literarisch-politischen Glanzleistung der Papen-Regierung bekannt wurden: "Das deutsche Volk ist ein christliches Volk. Der deutsche Rundfunk wahrt deshalb christliche Gesinnung und Gesittung.... Wer die verantwortlichen Bindungen an Volk und Staat nicht anerkennt, hat keinen Platz im deutschen Rundfunk..." -lassen klar erkennen, wie hier die Kulturreaktion organisiert werden soll.

Wie sehr die geistige Unfreiheit eines Senderprogramms seiner Verbreitung im Wege steht, beweist der italienische Rundfunk. Obwohl seine technische Ausgestaltung recht gut ist, hat er es nicht weiter gebracht als bis zu einer Viertelmillion Hörer unter einem 40 Millionen-Volk. Man spricht in Italien ganz offen davon, dass die Verhinderung jeder freien Meinungsäusserung vor dem Mikrophon das Programm zu fade mache als dann es eine grössere Resonanz im Volke finden könnte. Andererseits sehen wir, wie sich in England das Interesse am Rundfunk immer weiter entfaltet. Dort hat Anfang Oktober der Hörerbestand die Rekordhöhe von 5 Millionen erreicht. Indessen bewegen wir uns in Deutschland immer bedenklicher zur 4 Millionen-Grenze zurück, obwohl die Entwicklung der Teilnehmerziffern eine zeitlang mit der englischen parallel lief.

Der Hörer-Rückgang vermindert natürlich die Einnahmen des Rundfunks. Die Personalpolitik des Herrn Scholz hat aber die Ausgaben wesentlich erhöht. Die früher glänzende finanzielle Grundlage des Rundfunks kommt dadurch ins Wanken. Das wird der Erfolg der "aufbauwilligen" Kräfte sein, dass sie eine gesunde Organisation zerstören und in ein Chaos verwandeln. Gut Scholz!

Die Zensur wütet im deutschen Rundfunk ärger denn je. Schon angesagte Veranstaltungen werden in letzter Minute wieder abgesetzt, wenn die geringsten Einwendungen von nationalistischer Seite gemacht werden. So wurde ein schon seit langen angekündigtes Hörspiel "Eine allerchristlichste Welt" von G. Menzel von der Berliner Funk-Stunde schliesslich doch nicht aufgeführt. Das Berliner Naziorgan wusste den Grund zu berichten: wohl habe der Autor seine Anschauungen in der letzten Zeit gewandelt, aber der Gesinnungswechsel kam in dem Hörspiel noch nicht deutlich zum Ausdruck. Also: das Hörspiel war nicht nazi-recht genug.

Eine originelle, aber sehr zweifelhafte Lösung der Zensurfrage hat man unlängst im französischen Rundfunk angewandt. Eine Theater-Aufführung, die übertragen werden sollte, enthielt einige gepfefferte Couplets und die Sendeleitung fürchtete, dass sich keusche Ohren verletzt fühlen würden. Sie gab deshalb einem technischen Beamten ein vollständiges Manuskript, in welchem die entsprechenden Stellen angezeichnet waren. Der Beamte schaltete je-

des Mal den Sender aus, solange der inkriminierte Text gesprochen wurde...

Bei derartigen Sendungen lässt ein Schweizer Sender neuerdings ansagen: "Nun sind die Kinder schon schlafen gegangen. Jetzt bringen wir..." Ein wirklich sehr zarter Wink!

+

Auf 34 $\frac{1}{2}$ Millionen wird gegenwärtig die Zahl der mit Rundfunk=Apparaten versehenen Haushaltungen geschätzt. Das entspricht schätzungsweise 140 000 000 Hörern in der ganzen Welt. Zu ihrer Versorgung sind 1100 Sendestationen tätig, die jährlich etwa 600 Millionen Mark Kosten verursachen. In der europäischen Rundfunk=Industrie sind an die 350 000 Menschen beschäftigt.

+

In China arbeiten zur Zeit 18 Sender mit zumeist kleiner Energieleistung. In diesem Riesenreich gibt es nicht viel mehr als 200 000 Hörer. Der stärkste Sender wurde soeben in Nanking eröffnet. Er arbeitet mit 75 kW und wurde von einer deutschen Firma erbaut.

+

Der Sender des Völkerbundes arbeitet jetzt regelmässig auf den kurzen Wellen von 40,3 m und 38,47 m. Die Sendungen erfolgen in mehreren Sprachen. Regelmässig am Sonntag abend wird ein prominentes Mitglied des Völkerbundes von einem Journalisten interviewt.

+

Den kleinsten vollkommenen Radio=Apparat hat jetzt eine amerikanische Firma auf den Markt gebracht. Er ist mit vier Spezialröhren ausgestattet, für Netzanschluss eingerichtet und mit einem eingebauten Lautsprecher versehen. Der Apparat hat ungefähr die Grösse eines dicken Lexikon=Bandes und wird in einem Lederetui geliefert, das wie ein Foto=Apparat an einem Riemen über die Schultern gehängt werden kann.

J.B.

+

+

+

Gontard über Bullerjahn.

Jetzt kann sich der Herr Generaldirektor nicht mehr erinnern!

Im Bullerjahn=Prozess sagte am Montag die "ungenannte Vertrauensperson" des ersten Urteils aus: Generaldirektor von Gontard, zur Zeit des Waffenverrats Leiter der Berlin=Karlsruher Industriewerke. Wesentlich auf die Aussagen des Zeugen hin war Bullerjahn im Jahre 1925 wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Diesmal schränkte Generaldirektor von Gontard seine Aussagen sehr ein. Vor Beginn seiner Vernehmung wurde er - trotz des Widerspruchs der Verteidigung - vereidigt.

Nach der Urteilsbegründung des ersten Prozesses soll Generaldirektor von Gontard von englischen Mitgliedern der Interalliierten Militärkommission die Schuld Bullerjahns mündlich bestätigt erhalten haben. Jetzt sagte der Zeuge darüber aus: "Ich verkehrte immer sehr viel in ausländischen Kreisen, um mir ein eigenes Urteil zu bilden. Um die Mitglieder der I.M.K. hatte sich damals in Berlin eine ganze Clique gebildet, der die Offiziere selbst, ihre Angehörigen und ein grosser Kreis von Zivilpersonen verschiedener Nationalität angehörten - dort verkehrte auch ich. Bei einer dieser Gelegenheiten wurde mir erzählt, der Angeklagte sei bei der englischen Kommission gewesen und hätte sich an Hand eines Lagenplans bereit erklärt, genaue Angaben über geheime Waffenlager in Wittenau zu machen. Die Engländer hätten ihn aber abgewiesen. Er sei dann zu der in demselben Haus untergebrachten französischen Kommission gegangen, die sein Angebot mit grossem Eifer aufgenommen hätte. Der Angeklagte habe sich dann später wieder an die Engländer gewandt und sie gebeten, nichts zu verraten". Vors.: "Haben Sie nichts darüber gehört, dass Bul=

lerjahrn von den Engländern Verräterlohn angeboten wurde?" Zeuge: "Nein". Vors. "Das haben Sie aber früher gesagt". Zeuge: "Dann muss ich das mit den Franzosen verwechselt haben."

Generaldirektor von Gontard gibt dann an, dass er über Bullerjahrn bis zu seiner Verurteilung nichts Nachteiliges weiter gehört habe; er sei für ihn "einer von 1 000 Unterbeamten" gewesen. Der Zeuge bittet, zu bedenken, dass ihm nur etwa ein Zehntel von dem, was er über Bullerjahrn ausgesagt habe, schon vor seiner Verurteilung bekannt gewesen sei. Die belastenden Mitteilungen über Bullerjahrn habe anfangs nicht er, sondern Direktor Hellwig ohne sein Wissen an die Polizei weitergegeben. Vor allem erinnere er sich auch nicht mehr, von wem er nun eigentlich die Mitteilung über Bullerjahrns Verrat gehört habe. Der Verteidiger des Angeklagten versucht das Gedächtnis des Zeugen aufzufrischen; Herr von Gontard erwidert: "Bemühen Sie sich nicht, Herr Rechtsanwalt, es hat keinen Zweck." Verteidiger: "Können Sie denn nicht wenigstens angeben, bei welchen Mitteilungen Sie nur unfreiwillig Ohrenzeuge waren und welche Ihnen freiwillig gemacht wurden?" Zeuge: "Ich kann es nicht auseinanderhalten". Vors. Dr. Büniger: "Erinnern Sie sich nicht einer bestimmten Persönlichkeit?" Zeuge: "Nicht einer einzigen". Der Verteidiger legt Herrn von Gontard eine Geschäftsordnung der Interalliierten Militärkontrollkommission vor, um ihm nachzuweisen, dass alle Angelegenheiten der I.M.K. von den englischen und französischen Mitgliedern gemeinsam bearbeitet wurden; der Verteidiger fügt hinzu, dass man also nicht von einer englischen Abteilung sprechen könne, an die sich Bullerjahrn nach der Aussage des Zeugen zunächst gewandt habe. Daraufhin gibt Herr von Gontard zu, dass er sich hier geirrt haben könne... (Lachen im Zuhörerraum; Rüge des Vorsitzenden). Verteidiger: "Waren Sie denn nicht erstaunt darüber, dass englische Offiziere über ihre Agenten in Gegenwart Fremder Mitteilungen machten?" Zeuge von Gontard: "Ich hätte vielleicht erstaunt sein müssen, aber ich war es nicht."

In der Nachmittagssitzung wurde Dr. Quandt, der jetzige Vorsitzende des Aufsichtsrats der Berlin-Karlsruher Industriewerke, über die Glaubwürdigkeit des Herrn von Gontard vernommen.

+ + +
Felsenecke=Kraach. Die kommunistischen Angeklagten im Berliner Felsenecke=Prozess befinden sich seit Sonnabend in Hungerstreik. Am Montag kam es zu stürmischen Zwischenfällen. Drei kommunistische Angeklagte wurden "wegen Widersetzlichkeit" aus dem Sitzungssaal entfernt. Die andern kommunistischen Mitangeklagten stürmten ihnen nach, worauf der Vorsitzende rief: "Die andern haben hier zu bleiben!" Justiz- und Polizeibeamte holten die Ausbrecher zurück; von allen Seiten erschollen laute Proteste; einer der Angeklagten versuchte einen Stuhl zu schleudern, brach aber in Krämpfen zusammen und blieb bewusstlos liegen. Der Zuhörerraum wurde geräumt, die Sitzung geschlossen.

+ + +
Riesenbrand. In Sassnitz wurde eine grössere Baufirma eingäschert. Zahlreiche Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Der Schaden beläuft sich auf etwa 200 000 Mark.

+ + +
Mühlenbrand. Die über 800 Jahre alte historische Mühle in Gensungen (Bezirk Kassel) fiel einem Grossfeuer zum Opfer.

+ + +
Feurige Rache. Es ist festgestellt, dass das Grossfeuer im Schweizer Erziehungsheim Wädenswil, bei dem 12 geistesschwache Kinder ums Leben kamen, auf Brandstiftung zurückzuführen ist. Täter ist der flüchtige 43 Jahre alte geistesschwache Anstaltsinsasse Widmer. Er hat das Feuer aus Rachsucht angelegt, weil er am Abend vor dem Brand wegen einer Streiterei von der Anstaltsleitung zurechtgewiesen worden war.

+ + +

Versuchte Nötigung. Das Berliner Sondergericht verurteilte den Friseur Alfred Schramm wegen versuchter Nötigung zu 6 Monaten Gefängnis. Schramm hatte während der Berliner Verkehrskrawalle einen Haufen Steine, der auf Strassenbahngleise aufgeschichtet war, um einen Pflasterstein vermehrt. Die Verhandlung gegen den Angeklagten war vor einigen Tagen abgebrochen worden. Man glaubte, noch einen Sachverständigen hören zu müssen. Der Sachverständige sagte aus, dass die Tat des Angeklagten im Gegensatz zur Unterstellung der Anklage nicht als "versuchte Transportgefährdung" angesehen werden könne, da bei der Grösse des Hindernisses jeder Strassenbahnführer seinen Wagen noch rechtzeitig hätte zum Halten bringen können.

Dampfer in Flammen. Der holländische 15 Tonnen Dampfer "P.C. Hooft" wurde im Hafen von Amsterdam durch Feuer fast völlig zerstört. Der Brand entstand, während das von einer Ostindienreise zurückgekehrte Schiff zur Vertilgung von Ratten mit Blausäure vergast wurde. Das Feuer wurde zu spät bemerkt, sämtliche Löschversuche waren vergeblich.

Flug nach Kapstadt. Die 20jährige englische Fliegerin Amy Johnson ist zu einem Etappenflug England-Kapstadt gestartet. Die Pilotin ist seinerzeit durch ihren Alleinflug England-Australien und durch ihren Zehntageflug London-Tokio bekannt geworden. Sie hofft diesmal, den auf der Strecke England-Kapstadt von ihrem Mann, dem Flieger Mollison, aufgestellten Rekord (4 Tage, 17 Stunden, 19 Minuten) zu unterbieten.

Van Gogh geröntgt! Noch immer wird in der Berufungsverhandlung im Berliner Kunstfälschungsprozess darüber verhandelt, ob der junge Kunsthändler Wacker die 33 van Gogh-Bilder, deren Verkauf ihn auf die Anklagebank brachte, als Fälschung oder als Originalgemälde angesehen hat. Der Bildersachverständige Wehlte hat nunmehr sämtliche inkriminierten Gemälde durchröntgt. Die Herstellung und Betrachtung gleichartiger Ausschnitte von echten van Gogh-Bildern und von Wackerschen Bildern führte den Sachverständigen zu dem Schluss, dass sämtliche Wacker-Bilder eine adnere "künstlerische Handschrift" aufweisen als die echten van Gogh-Bilder. Insbesondere wurde festgestellt, dass die Wacker-Bilder im Gegensatz zu den echten Gemälden mit harzhaltigen Farben hergestellt worden sind; ausserdem sind sie, gleichfalls im Gegensatz zu den echten, auf eine auffallend gute und teure Leinwand gemalt. Wehlte glaubt also mit Sicherheit sämtliche von Wacker in den Handel gebrachten van Gogh-Bilder als Fälschungen erkennen zu können; es steht hingegen nicht fest, ob diese Fälschungen von einem oder von mehreren Malern herrühren.

Im ersten van Gogh-Prozess hatten sich die Sachverständigen dauernd widersprochen; in einigen Fällen kam es sogar zu Widerruf; nur über die Echtheit einiger Bilder - die nun nach Wehlte auch Fälschungen sein sollen - schien es keine Zweifel zu geben. Das Gericht hatte sich damals eine entsprechende Kompromissmeinung zurecht gemacht: einige Bilder sind echt, die Mehrzahl ist gefälscht. Da das Gericht der Ansicht war, dass der Angeklagte zumindest zum Teil über die Fälschungen informiert war, kam es zu seiner Verurteilung.

3 bis 4 Millionen Schaden! Gegen den flüchtigen Direktor Schäfer der Düsseldorfer Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft wurde Anzeige erstattet: Die von ihm geleitete Bankfiliale scheint um etwa 3 bis 4 Millionen Mark geschädigt worden zu sein. Soweit ermittelt, hat Direktor Schäfer persönliche Verluste durch Kundengelder zu decken versucht. Erst durch schwierige Revisionsarbeiten wurden die sehr verwickelten Transaktionen aufgedeckt.

Grüne Misswirtschaft.

Das Geschrei über die Not der Agrarier.

SPD. Wenn zwei Ganoven sich zanken, erfährt der ehrliche Mann, wie man so im Berliner Jargon sagt, etwas von der Wahrheit. Mit diesem Empfinden legt man eine Schrift zu den Akten, die von einem Dr. Peters geschrieben worden ist, der früher einmal Staatssekretär im Reichsernährungsministerium war. Geschrieben aber immer noch in dem Bestreben, nur nicht zu viel zu sagen. Und doch wird zum ersten Mal der Schleier von der Verschwendungswirtschaft gezogen, die in den Landwirtschaftskammern und den wirtschaftspolitischen Organisationen der Landwirtschaft getrieben wird. Die preussischen Landwirtschaftskammern allein verbrauchen jährlich rund 42 Millionen Mark; für alle gesetzlichen Körperschaften ähnlicher Art im Reich dürfen Ausgaben von mindestens 60 Millionen Mark gerechnet werden. Dazu kommen Dutzende von grossen wirtschaftspolitischen Organisationen - Reichslandbund, Bauernvereine, Arbeitgeberorganisationen, Genossenschaftsverwaltungen, Grundbesitzervereine usw., - die mindestens weitere 40 bis 50 Millionen Mark jährlich kosten. Zusammen also mindestens 100 bis 110 Millionen Mark jährlich! Das sind ganz phantastische Summen, die alles in den Schatten stellen dürften, was an Organisationsaufwand in Deutschland wohl zu verzeichnen ist.

Man erfährt von diesen Dingen, weil gegen die heutige Führung der wirtschaftspolitischen Organisationen der Landwirtschaft eine Fronde entstanden ist, Namen wie Freiherr von Wangenheim (Deutsche Tageszeitung), von Flemming-Pastzig (Stettiner Landwirtschaftskammer), Freiherr von Wilmowsky (Reichskuratorium Technik in der Landwirtschaft), Dr. Gereke (Landgemeindetag) und Dr. Peters sagen genug - eine Fronde, die von der hemmungslosen Politisierung und dem verschwenderischen Leerlauf weg und einen neuen Bund der Landwirte mit starker zentraler Direktions- und Finanzgewalt schaffen will. Der Bund der Landwirte, der aus der Königs- und Kaiserzeit Deutschlands noch immer im schlechten Andenken ist, soll nach den Plänen dieser Herren aufs ganze Reich ausgedehnt werden und an die Stelle der Landbünde, Bauernvereine usw. als Einheitsorganisation treten-. Wie ernst diese neue reaktionäre Angelegenheit zu nehmen ist, wie peinlich die Enthüllungen dieser Gruppe über die Misswirtschaft der landwirtschaftlichen Organisationen empfunden worden sind, zeigt die nicht zu dementierende Tatsache, dass der Landbundpräsident Graf von Kalkreuth vergeblich das Einstampfen der Schrift von Dr. Peters verlangt hat.

Die publizistische Aktion der Frondeure - die Schrift heisst "Die landwirtschaftliche Berufsvertretung" von Dr. Peters und ist für 2,50 Mark von der Deutschen Verlagsgesellschaft Berlin SW 11 zu beziehen - enthüllt auch Peinliches genug. Die Schätzung von 40 bis 50 Millionen Mark für die Kosten der landwirtschaftlichen Organisationen (ohne gesetzliche Vertretungskörperschaften) werden als "vorsichtig und eher zu niedrig" bezeichnet. Auf Seite 106 heisst es dann: "Es sind die grossen zentralen Organisationen, die diese enormen Mittel verschlingen. Und zu welchem Zweck werden diese Riesensummen benötigt? Zur Aufrechterhaltung eines Heeres von Geschäftsführern, Angestellten und anderen Funktionen und zu Zwecken der Propaganda in erster Linie, zu sachlichen, der Landwirtschaft dienenden Arbeit oft nur nebenher. Und es wer-

den nicht nur enorm laufende Einnahmen verbraucht, es werden oft auch Schulden über Schulden gemacht". Es folgt dann eine Darstellung der vollständigen Politisierung der Verbände und der meist unproduktiven enormen Belastung der einzelnen Landwirte durch Unmengen von Vereinen und Vereinigungen verschiedener Art. Hinsichtlich der Gesamtbelastung mit Kammer- und Verbandsbeiträgen sei man "zu sehr bösen Ergebnissen gekommen". Die Gesamtbelastung mit allen Beiträgen schwankte für den Morgen landwirtschaftlich genutzter Fläche zwischen 12 Pfennig und 150 Pfennig. Das sind für 100 Morgen also bis zu 150 Mark.

Wir haben uns nun etwas näher angesehen, was diese Belastung der Landwirtschaft, von der in der Öffentlichkeit natürlich kein Aufhebens gemacht wird, praktisch heisst. Einmal sind die 150 Mark je 100 Morgen nämlich keineswegs eine Ausnahme, wie es scheinen könnte. Wir haben in Deutschland rund 3 Millionen Betriebe von über 2 Hektar, die für die Beiträge in erster Linie in Frage kommen. Auf sie entfallen 24 Millionen Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche. Bei rund 100 Millionen Mark Gesamtbeiträgen kommen auf 1 Hektar rund 4,20 Mark; auf 25 Hektar oder rund 100 Morgen kommen also jährlich 105 Mark Gesamtbeiträge im Reichsdurchschnitt. Der Ausnahmefall ist also fast der Regelfall. Auf jeden Betrieb über 2 Hektar kommen jährlich 33 bis 40 Mark an Vereins- und Verbandsbeiträgen allein 14 bis 17 Mark jährlich.

Im Reichsdurchschnitt kam im Jahre 1928 auf 100 Morgen eine Gesamtbelastung von rund 820 Mark, in Ostpreussen eine solche von 508 Mark. Allein für Kammer- und Verbandsbeiträge kamen im Reichsdurchschnitt 105 Mark (nur für die landwirtschaftlich genutzte Fläche gerechnet) hinzu. Schätzt man den Erntewert von 100 Morgen, die mit Roggen bestellt sind, auf 7 200 Mark, so liegt eine Sondersteuer von fast 2 Prozent auf diesem Bruttoertrag, die sich die Landwirtschaft für ihre leerlaufenden und verschwenderischen Organisationen selbst aufgelastet hat. Man rechnet nicht zuviel, wenn man von den 100 bis 110 Millionen 40 Prozent oder 40 bis 42 Millionen dem Personalaufwand zuschreibt. Legt man nur 5 000 Mark für jeden hauptamtlich Beschäftigten zugrunde, so kommt man auf ein Heer von annähernd 10 000 Agitatoren, die sich aus der Not der Landwirtschaft bezahlt machen.

Charakteristisch, was in den Landwirtschaftskammern oft an Reisekosten und Tagegeldern verbucht wird. Aus der Hauptversammlung der Kammer für Schleswig-Holstein werden jährliche Reisespesen von 220 000 Mark zitiert. "Das sei der Wert von zwei mittleren Marschhöfen, die auf diese Weise jährlich auseinandergefahren würden. Man muss solchen Summen gegenüber bedenken, dass das ganze preussische Landwirtschaftsministerium mit 76 000 Mark Reisekosten auszukommen vermag". So zu lesen bei Peters Seite 84. In Preussen seien 16 Prozent des Gesamtbedarfs der Kammern zu sparen.

Wir wünschen dem neuen "Bund der deutschen Landwirte" keinen Erfolg, auch wenn ein neuer Ruprecht Rausern aufstehen würde, der 1893 gegen den Reichskanzler Caprivi vorschlug, unter die Sozialdemokraten zu gehen und mit diesen gegen die Regierung Front zu machen. Hinter dem neuen Bund der deutschen Landwirte steht der Geist des alten. Wangenheim und Flemming-Paatzigs sind Grossgrundbesitzerprogramm genug; daran kann manches kleine Zugeständnis an dem Fortschritt bei diesen Leuten nichts ändern. Mögen die Herren ihre Boxkämpfe unter sich ausführen. Die Zeit für Junkerherrschaft ist vorbei. Aber die Öffentlichkeit darf dankbar dafür sein, dass bei dem häuslichen Streit in der Landwirtschaft Licht auf vieles fiel, was bisher sorgsam im Verborgenen gehalten wurde. Darum sollte auch in der Arbeiterschaft Dr. Peters lehrreiche Schrift sorgfältige Beachtung finden.

SPD. Nach den Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrats befanden sich um Mitte Oktober 1932 von der Gesamternte an Winterweizen noch 67,2 % (im Vorjahr 60,2 %) in Händen der Landwirtschaft. Für Winterroggen lauten die Ziffern auf 68,3 % bzw. 60,7 %. Der Deutsche Landwirtschaftsrat führt diese Entwicklung auf die "Verkaufsdziplin der deutschen Landwirtschaft" zurück, also auf jene viel bemerkte Zurückhaltung im Angebot an Getreide, die vorzugsweise durch die Regierung mit Hilfe öffentlicher Steuergelder ermöglicht wird. Auch sonst kommentiert der Landwirtschaftsrat seine Erhebung in einer Weise, die recht interessante Einblicke in die Geheimnisse der gegenwärtigen Getreidepreisstützung gibt.

Soweit der Weizen in Frage kommt, wird festgestellt, dass die immerhin erheblichen Einfuhren des Vorjahres in diesem Jahre wegfallen werden. Vielleicht bestehe aber für das laufende Jahr noch ein "gewisser Weizeneinfuhrbedarf". Die sozialdemokratische Presse hat das immer betont, im Gegensatz zu den Darstellungen von agrarischer Seite. Ähnlich ist es auch beim Roggen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat rechnet damit, dass am Ende des laufenden Wirtschaftsjahres nur noch ein "Bestand von 300 000 Tonnen Roggen vorhanden sein werde, der zu keinerlei Beunruhigung Veranlassung" gibt. Es sei auch bisher "kein preiswertiges Angebot zu beobachten" gewesen.

Aus dieser Darstellung folgt doch nur, dass Deutschland, trotz seiner Rekordernte, keine Getreideüberschüsse hat. Wir schwimmen garnicht in Getreide. Eine gegenteilige Darstellung verträgt sich nicht mit der amtlichen Statistik und auch nicht mit den Erhebungen des Deutschen Landwirtschaftsrats. Die Getreidepreisstützungen der Regierung, die dem Steuerfiskus eine Menge Geld kosten, werden aber mit dem Hinweis durchgeführt, dass die Ernte zu gross sei und dass Deutschland sein geerntetes Getreide nicht unterbringen könne. Der Deutsche Landwirtschaftsrat weist nun zahlenmässig nach, dass diese Begründungen einfach Unsinn sind. Wenn wir aber keine Überschüsse in Getreide in Deutschland haben, warum greift man dann zu der kostspieligen Getreidepreisstützung. Ohne Zweifel doch nur aus politischen Gründen. Ohne Zweifel doch nur, um das Getreide und das Brot auf jeden Fall zu verteuern. So sieht der Wohlfahrtsstaat des Herrn von Papen für die Grossagrarien aus.

SPD. Der Hanielkonzern hat, wie wohl die meisten Montanunternehmungen, im verflossenen Jahr mit einem Verlust abgeschlossen. Bei der Guten Hoffnungshütte in Oberhausen (Westfalen) stellt sich dieser, bei 3,13 Millionen Abschreibungen gegen 3 Millionen im Jahre vorher, auf rund 5,83 Millionen Mark. Das süddeutsche Unternehmen, der Nürnberger Aktienverein, der sogleich Dachgesellschaft für den Hanielkonzern ist, bucht bei Abschreibungen, die sich von 2,6 Millionen Mark auf 5,6 Millionen Mark erhöht haben, einen Verlust von 4 Millionen Mark. Der Verlust wird in der Art geteilt, dass die Nürnberger Dachgesellschaft, deren Hauptbeteiligungen, die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (M.A.N.) und die Deutsche Werft, diesmal dividendenlos geblieben sind, von Oberhausen einen Verlust von 2,23 Millionen Mark übernimmt. Durch die erhöhte Abschreibung und die Verlustübernahme verwandelt sich der Jahresgewinn in Nürnberg in Höhe von 4,64 Millionen gegen 4,19 Millionen Mark im Jahre vorher in den obengenannten Verlust. Die Verluste werden in Oberhausen und in Nürnberg aus den Reserven bzw. aus Sonderrücklagen gedeckt.

Bei dem Oberhausener Unternehmen ist der Umsatz fast um 23 % auf etwas über 110 Millionen Mark zurückgegangen. Verglichen mit dem Ruhrtrust ist diese Entwicklung als noch sehr günstig anzusprechen. Die Kohlenförderung sank von 3,16 auf 2,33 Millionen Tonnen, die Kokserzeugung von 0,77 auf 0,47, die Rohstahlproduktion von 0,61 auf 0,42, die Roheisenerzeugung von 0,52 auf 0,31 und die Walzwerkserzeugung von 0,44 auf 0,31 Millionen Tonnen.

Andere Seite der Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 14. November)

SPD. Am Lieferungsmarkt zeigte sich am Montag grösseres Angebot, sodass die Kurse vom Ende voriger Woche nur mühsam gehalten werden konnten. Anscheinend wartet die Landwirtschaft nur darauf, dass das Reich mit Steuermitteln höhere Preise erzwingt, um durch grösseres Angebot schleunigst zu profitieren. Auf dem Promptmarkt wurde Roggen weiter gestützt. Weizen verlor um etwa 1 Mark. Hafer war lustlos. Bei Gerste ist das Angebot dringender geworden. Es wird darüber geklagt, dass erstklassiges Material nicht am Markte ist.

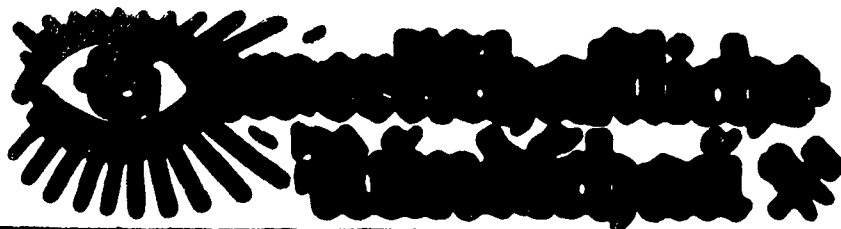
	12.11.	14.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	200 - 202	199 - 201
Roggen	157 - 159	157 - 159
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriegerste	162 - 169	162 - 168
Hafer	133 - 137	133 - 137
Weizenmehl	24,50 - 27,50	24,50 - 27,50
Roggenmehl	20,40 - 22,50	20,40 - 22,50
Weizenkleie	9,30 - 9,65	9,30 - 9,65
Roggenkleie	8,50 - 8,80	8,50 - 8,80

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 209½ - 209 - 209½ (Vortag 209½), März 211½ - 211 - 211½ (211½), Mai 216 - 215½ - 215½ (215½). Roggen Dezember 167 (167), März 170½ - 170½ (171), Mai 174 - 174½ (174½), Hafer Mai - 142½.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Rpf an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 13. November). A. Inlandseier: Deutsche Handelsklasseneier I G 1 (vollfr. Eier) Sonderklasse 65 g und darüber 14,25, Grösse A 65 - 60 g 13,50, Gr. B 60 - 55 g 12,75, Gr. C 55 - 50 g 10,50, Gr. D 50 - 45 g 8,75; II. G. 2 (frische Eier): Sonderklasse 13,75, Grösse A 13, B 12,25, C 10, D 8; Deutsche sortierte Eier: frische Grösse B 11,50; Deutsche unsortierte Eier 11; Deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 7,25 - 7,75. B. Auslandseier: Dänen und Schweden 18er 14, 17er 13,50, 15½ - 16er 13, leichtere 9 - 9,75, Finnländer, Estländer und ähnliche Sorten 18er 13,50, 17er 13, 15½ - 16er 12,50, Rumänen 8,75 - 9,50, Russen normale 8,25 - 8,75, Polen normale 8,25 - 8,75, abweichende 7,50, kleine Mittel- und Schmutzeier 6,50 - 7. C. Kühlhauseier: Ausländische: Extragrosse 10 - 10,50, grosse 8,50 - 9, normale 7,50 - 7,75. D. Kälkeier und andere konservierte: Extra grosse 8,50, grosse 8, normale 7,25. Sonstige Eier: Argentinier 10, Witterung: schön. Marktlage fest.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner, waggonfrei märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10 - 1,20, Rote 1,25 - 1,30, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20, andere Gelfleischige (ausser Nieren) 1,30 - 1,35 RM. Fabrikkartoffeln 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.



Ein Weg, aber kein Wille.

Wo bleibt die internationale Arbeitsbeschaffung?

SPD. Solange der unermüdliche erste Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, noch lebte, wurde das Interesse der Weltöffentlichkeit an den von ihm zur Linderung des Arbeitslosenelends vorgeschlagenen Plan einer internationalen öffentlichen Arbeitsbeschaffung wachgehalten. Die seit dem Tode von Albert Thomas verflossene Zeit hat das Bedürfnis nach internationaler Arbeitsbeschaffung noch dringlicher in Erscheinung treten lassen. Alle verzweifelten Versuche der Mächte des Kapitalismus, das Wirtschaftsleben mit den Methoden der Privatwirtschaft wieder anzukurbeln, müssen als gescheitert betrachtet werden. Kein vernünftiger Mensch kann sich mehr der Erkenntnis entziehen, dass nur planwirtschaftliche Massnahmen möglichst auf internationaler Grundlage geeignet sind, den Weg aus dem Chaos und dem Elend der Gegenwart zu weisen. In diesem Zusammenhang ist die Frage am Platz: Was ist aus den Projekten von Albert Thomas geworden?

Wie wir hören, werden diese Pläne noch beraten. Nach einer Mitteilung des Internationalen Arbeitsamtes haben sich in den letzten Monaten Staatsmänner, Männer der Wissenschaft und sogar Unternehmer in wachsendem Mass zu der Notwendigkeit öffentlicher internationaler Arbeiten bekannt. Innerhalb der einzelnen Länder beginnt sich auch der Gedanke der öffentlichen Arbeitsbeschaffung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durchzusetzen. Zwischen Amerika und den Vereinigten Staaten ist eine Vereinbarung über die Durchführung öffentlicher Arbeiten auf dem Gebiet der Kanalbauten getroffen worden. Diese Kanalbauten sollen dazu dienen, die grossen amerikanischen und kanadischen Binnenseen den Ozeandampfern zugänglich zu machen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat ein Gesetz unterzeichnet, das einen öffentlichen Kredit von 1,5 Milliarden Dollars für die Durchführung grosser öffentlicher Arbeiten vorsieht. Vor kurzem erst hat der französische Arbeitsminister die Auffassung geäussert, dass internationale Vereinbarungen zur gleichzeitigen und gemeinsamen Durchführung grosser öffentlicher Arbeiten eines der wirksamsten Mittel zur Bekämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Gefahren, die Europa bedrohen, darstellen. Schliesslich darf in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen werden, dass die von Kopf bis Fuss auf Privatwirtschaft eingestellte Regierung Papen die Notwendigkeit öffentlicher Arbeiten nicht von der Hand weisen kann. Ihre privatwirtschaftlichen Hemmungen sind jedoch noch so beträchtlich, dass von ihr ein entscheidender Schritt auf dem Weg der öffentlichen Arbeitsbeschaffung und ein Bekenntnis zu ehrlicher internationaler Zusammenarbeit wohl kaum zu erwarten ist.

Das Ergebnis der Bemühungen von Albert Thomas ist vor kurzem dem Völkerbund vorgelegt worden. Auf Grund der Anregungen von Thomas hat eine Reihe von Regierungen Vorschläge zur Durchführung öffentlicher Arbeiten eingereicht, von denen die nachstehenden durch einen Sachverständigenausschuss dem Völkerbundsrat besonders empfohlen wurden: Einer der umfangreichsten Pläne wurde von Polen vorgelegt. Er befasst sich mit der Ausbreitung des Ueberlandtelefonnetzes, mit der Erweiterung und Verbesserung des Wasserstrass-

sennetzes und der Wasserleitung in Warschau, mit der Elektrifizierung des Landes und mit dem Plan der Gasversorgung von Polnisch-Oberschlesien. Die jugoslawische Regierung hat Pläne zum Ausbau des Hafens von Belgrad und ein Programm zur Verbesserung des Netzes der Staatseisenbahnen vorgelegt. Ein anderer Plan der bulgarischen Regierung betrifft die Trockenlegung grosser Landesteile. Die österreichischen Vorschläge sehen umfangreiche Strassenbauten vor, die ungarischen Vorschläge ebenfalls Strassenbauten und Strassenverbesserungen. Eine Reihe von eingereichten Vorschlägen war noch nicht so ausgearbeitet, dass sie der Sachverständigenausschuss dem Völkerbundsrat hätte empfehlen können.

Auffallend ist, dass gerade die wichtigsten Staaten: Deutschland, Frankreich und Grossbritannien, keine Arbeitsbeschaffungspläne eingereicht haben, obgleich gerade Deutschland und Grossbritannien am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aber die unter schwerkapitalistischem Einfluss stehenden Regierungen dieser Länder können sich anscheinend noch nicht zu der Erkenntnis durchringen, dass internationale kollektive Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden müssen, nachdem das System der Privatwirtschaft so restlos und so offensichtlich versagt hat.

Dagegen zeigen von den mittel- und osteuropäischen Ländern (vorwiegend Agrarländer) eingereichte Pläne ein weitgehendes Verständnis für die internationalen Möglichkeiten der öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Das geht auch aus einer Entschliessung der Konferenz von Stresa hervor, die u.a. die Durchführung grosser öffentlicher Arbeiten auf internationaler Grundlage in Mittel- und Osteuropa als geeignete wirtschaftliche Massnahme bezeichnet, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dieser Länder in Umlauf zu bringen.

Der ganze Stand der Angelegenheit zeigt, dass der grosszügige Plan von Albert Thomas, der in vollem Umfang die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft gefunden hatte, in theoretischen Erwägungen und in zahlreichen Ausschüssen und Unterausschüssen zu versanden droht. Hier hat die Arbeiterbewegung international und in den einzelnen Ländern die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ihre Regierungen das in Genf begonnene Werk nicht sabotieren, sondern durch geeignete Persönlichkeiten in den Organen des Völkerbundes die von Albert Thomas vorgeschlagenen Massnahmen wirksam fördern. Auch auf dem Gebiet der internationalen Arbeitsbeschaffung muss die Parole lauten: Heraus aus der Isolierung!

SPD. Die graphischen Hilfsarbeiter haben den ihnen aufgezwungenen Lohnabbau wenigstens zu einem Teil wieder rückgängig machen können. Der seinerzeit in Frankfurt/Main gefällte Spruch hatte das Verhältnis ihres Lohnes zu dem der Buchdrucker empfindlich verschlechtert. Bei den dieser Tage durch die Kündigung der Arbeiter notwendig gewordenen neuen Verhandlungen kam es zu einem Schiedsspruch, der den Lohn um 1 Mark pro Woche wieder erhöht. Ein Teil des Lohnabbaus wurde also wieder zurückgeholt.

SPD. Am 17. und 18. November tagt der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin, um die durch den Vertrag von Ouchy und die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz aufgeworfenen Fragen zu besprechen. Der Vorstand wird ferner den Bericht des Antikriegs Komitees entgegennehmen und die Tagesordnung des IGB-Kongresses, der im Juli 1933 in Brüssel stattfinden soll, festlegen. Ausserdem kommen auf der Vorstandssitzung zur Behandlung

noch verschiedene organisatorische Fragen, die vor allem die Gewerkschaftsbewegung in Argentinien, Jugoslawien, Griechenland und Kanada angehen. Die Vorstandssitzung wird eventuell sich auch noch auf den 19. November erstrecken.

SPD. Hermann Müller-Lichtenberg, der führende Mann der internationalen sozialpolitischen Arbeit der freiorganisierten deutschen Arbeiterbewegung, ist am Sonntag Abend plötzlich verstorben. Das Herz konnte nicht mehr das Herz, das ein hartes und an Kämpfen reiches Leben lang für die grosse Sache der Arbeiter schlug. Von den Sielen gings in den Tod. Die vorige Woche erst kam Müller von Madrid zurück, wo er an der Tagung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes teilgenommen hat. Die Heimat hat er noch erreicht. Beinahe hätte ihn der Tod auf der Fahr in fremdem Land gepackt - den Unermüdlichen, den Rastlosen, der in aufreibender Arbeit im Dienst der Arbeiterbewegung vielleicht sein halbes Leben auf der Eisenbahn verbringen musste. Trauernd vernimmt die freie Arbeiterbewegung die Kunde von dem Tod dieses seltenen, schlichten, wackeren Mannes, dessen Hingang ein schmerzlicher Verlust für die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft Deutschlands wie für die internationale Arbeiterbewegung bedeutet.

Hermann Müller stammte aus Werdau im sächsischen Kohlenbezirk, wo er im Februar 1868 geboren wurde. Er war von Beruf Lithograph. 1898 wurde er Redakteur am Bochumer Parteiblatt, 2 Jahre später ging er in das Arbeitersekretariat Bremen, wo damals noch Friedrich Ebert tätig war. Im Jahre 1905 wurde er in das Zentralarbeitersekretariat der Generalkommission der Gewerkschaften berufen, wo er vor allem in sozialpolitischen Fragen die Forderungen der Arbeiterschaft zu verfechten hatte. Von 1907 bis 1919 gehörte er dem Hauptvorstand der Lithographen an, 1917 wurde er Stadtrat in Berlin-Lichtenberg. Seit 1924 war Müller stellvertretender Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er war Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes wie des Wirtschaftsrates des Völkerbundes. Der Nationalversammlung von Weimar und dem Reichstag von 1928 bis 1932 gehörte er als Mitglied der Sozialdemokratischen Fraktion an.

Hermann Müller war ein ruhiger, aber zielklarer Fechter im gewerkschaftlichen wie im politischen Kampf. Seine Beweisführung hatte stets Hand und Fuss, und er hatte daher auch stets das Ohr derer, die von dem, worüber er sprach selbst etwas verstanden. Müller schöpfte aus dem Vollen. Sein Name hatte bei den Sozialpolitikern einen guten Klang. Beachtliche sozialpolitische Schriften stammen aus seiner Feder. Wir nennen nur seinen "Kommentar zum Reichsversorgungsgesetz", "die Rechtssprechung in Unfallrentenstreitsachen", "Die Unfallversicherung in der Reichsversicherungsordnung". Gewerkschaftspolitische Natur ist seine Schrift "Karl Marx und die Gewerkschaften", und zum eisernen Bestand der Geschichte der deutschen Gewerkschaften gehören seine "Geschichte der Gewerkschaften" wie seine "Geschichte der Organisation der Lithographen und Steindrucker".

Die internationale Sozialpolitik war das Gebiet, auf dem Müller im Laufe der letzten 10 Jahre vor allem vorbildlich und erfolgreich von Deutschland wie von Genf aus gewirkt hat. Seit 1923 war er Führer der deutschen Arbeitergruppe in der Internationalen Arbeitsorganisation. Ebenso war er fast ein Jahrzehnt Mitglied des Verwaltungsrates des IAA. In unermüdlicher Arbeit hat er in Genf für den Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts in der internationalen Sozialpolitik Bresche gebrochen.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E R S . P . D

Nr. 88

Berlin, den 12. November 1932

Physik in der Küche.^x

SPD. "Ums Himmelswillen! Mein Essen kocht über!" Mit diesem Schreckensruf trennt sich so manche Hausfrau von einer interessanten Unterhaltung mit der mitteilungsbedürftigen Nachbarin und stürzt entsetzt in die Küche. Und richtig: Der brenzliche Geruch, der hinaus in den Treppenflur drang, hat nicht getrogen. Die Suppe ist übergekocht, und der benachbarte Milchtopf hat ebenfalls seinen Inhalt auf den Herd überströmen lassen. Mit traueriger Miene macht sich die Hausfrau daran, den Herd zu säubern und die hässlichen Spuren des kleinen Zwischenfalles zu tilgen. Das Fenster wird geöffnet, die beiden Töpfe werden nachgesehen. Der Suppe hat die kleine Revolution nichts geschadet, wenn sich der Inhalt auch verringert hat. Aber der Milchtopf sieht böse aus! Eine dicke, schwarzbraune Schicht hat sich auf dem Topfboden gebildet, und die Milch schmeckt ganz grässlich, wie eben angebrannte Milch schmeckt.

Weshalb aber kocht die Suppe und die Milch, weshalb kochen Kakao und Schokolade usw. über? - "Weil die Hausfrauen gern auch einmal eine interessante Neuigkeit hören wollen und deshalb nicht aufpassen", könnte ein Witzebold antworten. Aber im Ernst: Wie ist das Ueberkochen gewisser Speisen zu erklären? Die allerwenigsten Hausfrauen werden auf diese Frage eine Antwort wissen. Treiben wir also einmal etwas Physik in der Küche, um der Sache auf den Grund zu kommen!

Lassen wir zunächst etwas Wasser kochen: Es sprudelt auf, Blasen bilden sich, und ein mehr oder weniger starkes Verdampfen tritt ein, je nach der Grösse der Wassermenge. Der Wasserdampf entweicht und schlägt sich in der Küche nieder. Aber vergeblich warten wir darauf, dass das Wasser überkocht. Ganz anders ist es, wenn wir nun etwas Fett oder Öl auf das Wasser giessen, es also in eine Art, wenn auch wenig schmackhafter, Suppe verwandeln. Auch jetzt sprudelt die "Suppe" aus Leibeskräften, aber zum Unterschiede mit dem kochenden Wasser lässt sie den Wasserdampf nicht entweichen und kocht über. Weshalb? - Nun, auf der Oberfläche der "Suppe" hat sich das Fett verteilt und eine dünne Schicht gebildet, die den Wasserdampf nicht abziehen lässt. Genau so ist es bei der "richtigen Suppe", ob es nun Gemüse- oder Kartoffel- oder Tomatensuppe oder Fleischbrühe ist. In allen Fällen lässt die dünne Fettschicht den Wasserdampf nicht entweichen. Unter dieser Schicht aber, die wie ein festgeschlossener Deckel wirkt, kocht und sprudelt das Wasser. Der Dampfdruck muss natürlich immer mehr steigen, bis er schliesslich die Fettschicht emportreibt und die Flüssigkeit sich über den Topf auf den Herd ergiesst. Nun verstehen wir auch, weshalb eine besonders gute, fette Fleischbrühe glühend heiss bleibt, wenn man die Teller schon eine ganze Weile zuvor aufgefüllt hatte: Die Fettschicht, der hermetische Verschluss, verhindert bzw. verzögert das Erkalten.

Und wie ist es mit dem Ueberkochen der Milch? Bildet sich auch hier eine Schicht, und aus welchen Stoffen besteht sie? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir zunächst die Bestandteile der Milch untersuchen. Hundert Teile Vollmilch enthalten 3,3 Teile Eiweiss, 3,6 Teile Fett, 4,7 Teile Zucker, 0,70 Teile Mineralstoffe. Die 3,3 Teile Eiweiss setzen sich aus Käsestoff und Milcheiweiss zusammen. Erhitzt man die Milch auf etwa 80 Grad, so gerinnt das Milcheiweiss und spielt nun die gleiche Rolle wie das Fett

bei der Fleischbrühe: Es bildet eine ziemlich dicke Schicht auf der Milch und verhindert das Entweichen des Wasserdampfes. Der Dampfdruck steigt, bis er schliesslich die Haut, die das Milcheiweiss in geronnenem Zustande gebildet hat, hochtreibt. Die Folge kennen wir alle: Die Milch kocht über.

Die moderne Haushaltstechnik, die sich schon so manches Mal der geplagten Hausfrau angenommen hat, musste natürlich auch das Problem des Ueberkochens, besonders des Ueberkochens der Milch, unter die Lupe ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen und der daraus folgenden praktischen Arbeiten nehmen. So gibt es jetzt in jedem neuzeitlichen Haushaltsgeschäft einen allerdings bis heute noch ziemlich unbekannten Milchtopf "Tü-Tü", der nicht teuer und sehr praktisch ist. Er verhindert nämlich ein schädliches Ueberhitzen (bekanntlich soll man die Milch im allgemeinen nicht abkochen, sondern nur kurz erhitzen), Anbrennen und Ueberlaufen. Das geschieht auf sehr einfache Art, die wir rasch begreifen werden, nachdem wir ein wenig Physik in der Küche getrieben haben. Der moderne Milchtopf hat einen in der Mitte gewölbten, offenen Deckel und ausserdem mehrere Löcher am Rande. Wenn nun die Milch kocht und der Ueberzug des geronnenen Milcheiweisses sich gebildet hat, so steigt die Milch bis zum mittleren Loch des Deckels. Hier muss die Haut zerrissen, und damit ist die Gefahr des Ueberkochens beseitigt. Und was geschieht mit der hochgestiegenen Milch? Sehr einfach! Sie fliesst durch die Löcher am Rande des Deckels zurück in den Topf. Eine ebenso geniale wie verblüffend einfache Lösung der Frage des Ueberkochens.

Ein brummiger Ehemann könnte nun allerdings einwenden, was gäbe doch sicherlich einfachere Mittel, um das Ueberkochen zu verhüten, und die moderne Haushaltstechnik sollte es den Hausfrauen wirklich nicht gar so bequem machen. Ja, es gibt allerdings Mittel: Die Frau muss eben am Herd stehen und die Milch umrühren. Und um das Anbrennen zu verhüten, wird der Kochtopf zuvor mit kaltem Wasser tüchtig ausgeschwenkt. Aber mit dem "Bequem machen" ist das eine eigene Sache. In den meisten Fällen ist es ja so, dass gerade im Haushalt Dutzende kleiner Handgriffe zu gleicher Zeit ausgeführt werden müssen, und wenn Kinder vorhanden sind, könnte die Frau nicht zwei, sondern mindestens die doppelte Anzahl von Händen gebrauchen, zumal wenn sie keine Hilfe hat, wie es heute bei Millionen von Hausfrauen der Fall ist. Deshalb ist es nicht nur völlig begründet, sondern auch unbedingt notwendig, dass die moderne Haushaltstechnik die einzelnen Vorgänge in der Küche genau untersucht und aus genauer Kenntnis der Dinge Neuerungen einführt, die der Frau die Arbeit erleichtern können.

-8.

Die kleine Käse.

SPD. Als es eines Morgens klingelte und man die Zeitung hereinholen wollte, stand draussen ein etwas verrupfter, kohlrabenschwarzer Kater. Seine Augen hatten eine eigentümliche Farbe; sie wechselten zwischen dem Grün schlecht gemalter Meereswogen und dem Gelb eines geschliffenen Bernsteins. Er ging, offenbar im Bewusstsein, sich dort benehmen zu können, ohne weiteres in die Stube an den Kaffeetisch.

So führte er sich ein. Und dann gehöhrte er zu den drei Menschen, die Schnitt- und Aufplättmuster verkauften und Handarbeiten für die Käuferinnen anfangen, um sie in neuen Stichen und Mustern zu unterweisen. Wenn es möglich war, betätigten sie sich auch kunstgewerblich, und es waren für sie Pelerstunden, wenn sie einmal in Material träumen oder schwelgen konnten.

Die Drei, eine Tante, eine Schwester und ein Bruder, waren eine eigen-

artige Schicksalsgemeinschaft. Jeder hatte einen andern Beruf gehabt, und als es in ihm nicht mehr ging, kauften sie sich einen winzigen Laden. Sie kamen zurecht und waren zufrieden, denn mehr als Essen und Trinken und Miete und dann und wann ein mühsam abgespartes billiges Kleidungsstück beanspruchten sie nicht. So gingen sie miteinander durchs Leben, ohne zur Schau getragene Bitterkeit und ohne Freude, im immer gleichen Trott des Alltags.

Doch der schwarze Kater brachte eine gewisse Umwälzung. Ihn umwitterte ein Geheimnis. Woher kam er? Er war ein Gruss von draussen; denn wenn man durch die Ladenscheiben sah, lief da draussen immerhin das Leben mit wuchsenden Ereignissen und zermalmenden Leiden und Freuden. Das Leben war da, wenn die Drei sich auch noch so ~~schon~~ einschachtelten und durch eine mühsam auferzwungene Stumpfheit alle Erregungen scheinbar meisterten. Der Kater war aus dem Leben gekommen, aus dem Leben da draussen.

Selbst in ihrem Geschäftsleben brachte er einen regelrechten Umschwung hervor. Die Kundinnen freundeten sich mit ihm an, und die ganze Nachbarschaft brachte Abfälle, die für Katzen fressbar sind. Dadurch hob sich der Geschäftsgang ein ganz klein wenig; denn wenn man schon einmal eine Ladens Klingel in Bewegung setzt, dann muss man aus Wohlanständigkeit auch etwas kaufen, zumal da die Ueberreste ja einem zugelaufenen Tiere gebracht wurden. Es hob sich der Umsatz in Seidentwist, den man zum Stopfen der so leicht zerreisbaren Damenstrümpfe gebraucht.

Ein altes Fräulein kam regelmässig jeden Tag in den Laden. Sie kaufte nichts, aber sie gab dem zugelaufenen Tier etwas von ihrem Herzen. Sie hätschelte es, weil sie ein Lebewesen bemuttern wollte; sie brachte ihm Milchrestchen und Räucherfischhäute, und dann erzählte sie von ihren ehemaligen Katzen und redete ausführlich von der vergangenen Zeit, in der es ihr sehr gut gegangen war. Dieses alte Menschenkind kam eigentlich nur, um sich auszusprechen. Aber man liess es gewähren, denn es macht immer einen guten Eindruck, wenn Menschen im Laden sind.

Der Kater galt allgemein für klug. Man brauchte beispielsweise nur "Komm!" zu sagen, dann stellte er sich ein. Er kam sogar eilig, und ein grosses Suchen stand in seinen neugierigen Augen. Darum machte er den Kunden Freude, dieser selten kluge Kater. Die Geschäftsinhaber wurden dadurch vertrauter mit den Kunden, was immerhin kaufmännisch zu werten ist. Doch der Kater, der allgemein schon "Die kluge Katze" hiess, war zugelaufen, und kluge Geschäftsleute müssen immerhin auf Rechtlichkeit sehen. Darum wurde der schwarze Kater inseriert. Die drei Menschen waren ja sicher, dass niemand käme, ihn abzuholen. Der ganzen Kundschaft wurde das Inserat gezeigt.

Doch eines Morgens klingelte es an der Wohnungstür, und es war nicht, wie erwartet, die Zeitung gebracht worden, sondern ein junger Mann stand vor der Tür und erkundigte sich mit fast ängstlicher Stimme nach dem Kater. Sein aus dem Fenster gefallener Kater war pechschwarz gewesen, mit unbestimmbaren Augen. Sein abhanden gekommener Kater war ein wahres Stubentier, und als er aus dem Fenster gefallen war, musste er den Orientierungssinn verloren haben und war entlaufen. Dann rief der junge Mann "Tomm", und im gleichen Augenblick kam der Kater, und Schnitt- und Aufplättmuster polterten wild durcheinander.

Für die Drei war damit die allgemein angestaunte Klugheit der Katze hinreichend erklärt. Der arme Kater war voller Sehnsucht gewesen und hatte nur auf seinen Namensanruf gewartet. Ein glückliches Lächeln huschte über das abgehärmte Gesicht des jungen Mannes, der - das brauchte er nicht zu erklären - ein herbes Einzelschicksal in schwerer Zeit trug. Schüchtern, fast weinerlich fragte er: "Was kostet der Kater an Verpflegung, und was kostet das Inserat?" Dann machte er einen vergeblichen Versuch, in seinen Taschen etwas zu finden.

"Er hat sich nur von Abfällen genährt", sagte schnell die Tante. "Das

Inserat ist nicht so wichtig", meinte der Bruder. "Wir bekamen überhaupt Rabatt und hatten als Leser ein paar Zeilen frei", ergänzte die Schwester. "Nehmen Sie ihn nur mit; wir hatten ja unsre Freude daran!" Das war dann die offizielle Meinung der Drei. Und zwei glückliche Seelen zogen von dannen.

Die Kundschaft ist über die lobenswerte Rechtlichkeit der Ladeninhaber erfreut. Das alte Fräulein kommt nur noch in den Laden, wenn es etwas kaufen will, denn ohne vorausgegangene Lobpreisung von Katzen wagt sie kein Gespräch über ihre glückliche Vergangenheit anzuknüpfen. Alles geht wieder seinen gewohnten Gang. Die Drei zogen sich wieder in ihr Schneckenhaus zurück, um die wuchtigsten Stösse des Lebens weniger zu spüren, und nur, wenn es Morgens an der Wohnungstür klingelt und die Zeitung erwartet wird, sind sie ein klein wenig nervös, denn dieses Klingeln hängt für sie noch immer mit dem jetzt doch von ihnen schmerzlich vermissten - Tomm zusammen.

Erna Büsing.

----- Die Frau als Künstlerin.^x -----

(Zu Paula Modersohn=Beckers 25. Todestag am 21. November.)

SPD. Eine eigentümliche Skepsis gegenüber Wert und Bedeutung weiblichen Kunstschaffens will gegenwärtig nicht verstummen. Vielleicht besteht sie nicht ganz zu Unrecht. Entweder werden die künstlerischen Aufgaben von der Frau in einer Art verniedlicht, die schon die Grenzen des Erträglichen überschreitet. Oder man bleibt mehr schlecht als recht im Rahmen des allzu Ueblichen. Diese schon bei geringem zeitlichem Abstände deutliche Erscheinung unterstreichen schliesslich noch die wenigen Ausnahmepersönlichkeiten unter den schaffenden Künstlerinnen. Sie stehen mit ihrem Werke seltsam einsam da. Sie schaffen meist ganz für sich allein, ohne die rechte Resonanz zu finden, oder sie wirken hauptsächlich, wie beispielsweise Käthe Kollwitz, durch ein rein mütterliches Ethos.

Die Kunstwelt der jung gestorbenen Paula Modersohn=Becker wird deshalb erst ganz verständlich, wenn man das Schicksal ihres Lebens und Schaffens betrachtet. Der am 2. Februar 1876 in Dresden geborenen Tochter eines bremenschen Patriziers war schon als Mädchen eine ungewöhnliche Herbheit eigen, allerdings auch im Zusammenhange mit einem wahrhaft weiblichen Charakter. Als sie 1901 den Worpsweder Maler Otto Modersohn heiratete, hatte sie dazu schon ganz bestimmte künstlerische Ziele. Sie war auch studienhalber mit einer Freundin in Paris gewesen; auf Grund ihrer erst lange nach ihrem Tode (im Kurt Wolff Verlag) erschienenen "Briefe und Tagebuchblätter" weiss man, wie stark die persönliche Sicherheit ihres Empfindens, und wie sicher die Klarheit über ihre eigenen künstlerischen Absichten war. In Worpswede war sie allein als Frau des Malers Modersohn bekannt; ihre eigenen Arbeiten wurden dagegen kaum beachtet oder wenigstens nicht richtig eingeschätzt. Gewiss war sie längere Zeit eine Schülerin des Malers Fritz Mackensen, und natürlich nahmen ihre Freunde und Bekannten die gesunde Sicherheit ihres weiblichen Urteilsvermögens gern an. Den tieferen Sinn ihrer eignen Arbeiten aber erkannte man erst nach ihrem Tode, weil man zeitlich befangen die eigentümliche Grundsätzlichkeit dieser weiblichen Seele nicht verstehen konnte. Viele Jahre später erst hat ihr Mann, der wenigstens ihrer künstlerischen Sonderart zu folgen sich bemühte, sich auch aufschlussreich über die Eigenart ihrer Absichten als Malerin geäußert. Er spricht davon, dass es ihre Lieblingsformel war: "Das Ding an sich - in Stimmung!" Im Technischen waren ihre Lieblingsworte: "Kross, kraus, knusprig". Mit einer unermüdlichen Energie ging sie dabei an die Arbeit, immer von neuem die Ergebnisse überprüfend und ganz auf die eigene Kritik gestellt, weil sie als Künstlerin eine tatsächliche

Fremde nicht nur im Worpsweder Kunstkreise war.

Der grossartige Charakter von Paula Modersohn=Beckers Kunstschaffen wurde naturgemäss erst der nachfolgenden Generation deutlich. Unbekümmert um alle künstlerischen Absichten um sie herum erstrebt sie das Ziel, wie es ihr als Wesentliches vorschwebt. Im Gegensatz zu einem andern deutschen Vorläufer expressiven Empfindens, zu Wilhelm Morgner, der sich zuletzt ganz in schon wieder leer werdende Verallgemeinerungen verliert, bleiben ihre Themen meist schlicht ländlicher Art. Es sind die Bauernfrauen und =mädchen ihrer nächsten Umgebung und daneben dann noch einfache Stilleben, die ihr als Themen genügen, um ihre auf Verallgemeinerung und Rythmitisierung hinzielende Arbeit zu verwirklichen. Darüber hinaus sprechen diese Gemälde mit ihrer scheinbar ganz rätsellosen Einfachheit eine wahrhaft bezaubernde Sprache, weil bei der Betrachtung ein geistiges und seelisches Gut ganz natürlich und ungezwungen zur Wirklichkeit hinzutritt.

Diese seltene weibliche Künstlernatur starb 1907 im Wochenbett. Die Zeit der Schwangerschaft hatte sie selbstverständlich stark in ihrer Arbeit behindert. Als endlich das Kind geboren war, liess Paula Modersohn=Becker das Krankenzimmer mit ihren Bildern vollhängen. Neben der Sorge um das Kind lebte sie schon wieder in der Vorfreude weiteren Schaffens. Als sie zum erstenmal wieder aufstehen konnte, erlitt sie einen Rückfall. Mit den letzten Worten "Wie schade"! starb sie, als ein Mensch, der ganz, echt und dabei vollkommen weiblich in seinem Schaffenstrieb aufging.

Otto Brattskoven.

----- Modernes Morgenlied. -----

Der Wecker rasselt in die Proletarierstube.
Die Frau springt auf: "Ach je, schon vier!"
Rasch waschen, Frühstück machen, dann den Wecker auf halb sie=
damit die Kinder nicht zu lang im Bette blieben. /ben,
So gegen achte ist sie wieder hier.

Wenn die Sirenen ihre Dissonanzen orgeln,
dann schrubbt sie schon in den Büros.
Sie zieht die schwere Bohnerbürste hin und her
und macht Papierkorb für Papierkorb leer.
Viel hundert Proletarierfrau'n erfüllen stumpf dasselbe Los.

Sie haben sich in dieser Arbeit aufgerieben
und gehen Jahr um Jahr am frühen Morgen,
im Winter frierend durch die Stadt,
im Sommer von der dumpfen Nacht noch matt,
um aufgeräumten Arbeitsplatz für Andre zu besorgen.

Der Morgen bringt für sie kein froh' Erwachen,
zeigt ihnen deutlich zwei verschiedene Menschenklassen.
Denn zarte Damen schlafen ruhig hinter Schutzvorhängen,
und feine Herrn erquicken sich auf leichten Morgengängen,
derweil sie Arbeit machen müssen, die sie hassen.

Ihr Frau'n, die ihr die ersten seid
an jedem frühen Morgen,
seid auch die ersten in dem Streit,
der einst die Arbeitswelt befreit
von allen ihren Sorgen!

Dann orgeln die Sirenen keine Dissonanzen,
und ihr braucht nicht vor Morgengrau'n zu schanzen.
Die Erde frei!
Proletenfrau, sei auch dabei!

Friedel Widera.

X
Time is money.

SPD. "Das ist kein gewöhnlicher Orangenpflücker, Lucie", sagte der Orangenkönig, mit seiner wuschelköpfigen Tochter gnädigst an meinen in Reih und Glied stehenden Farmbaum herantretend, "sondern ein deutscher Dichter, der sich eine Reise nach Mexiko zusammenpflückt."

Ich hätte, wenn auch Zeit Geld ist, als Dichter einen Augenblick mit dem wahnsinnigen Geknipse innehalten, mich höflich verneigen und Orangen Orangen sein lassen müssen. Aber es war schon spät am Nachmittage. Vom ewigen Beugen und Strecken zitterten mir die Kniee, und der Orangensack hing wie mit Bleikugeln gefüllt an meiner schmerzenden Schulter... da fiel ich wie ein Galeerensträfling über den armen Baum her, schor ihm die restlichen Früchte ab, drehte der Millionenerbin den Rücken zu und ging nach dem Depot, um beim Leeren des Sackes ein wenig zu verschnauften.

Ein paar Wochen darauf, als es noch früh am Morgen war und ich mich wirklich wie ein Dichter fühlte, kam der Orangenkönig wieder mit seiner Tochter. Da blickte ich von den Orangen, die wie goldene Lampions im dunklen Laube hingen, nach den fernen Schneebergen hinüber, verneigte mich vor dem Millionengirl und lächelte süß. Doch diesmal hatte mich der Orangenkönig nicht als Exemplar eines deutschen Dichters angesehen, sondern auf meine Leistungsfähigkeit als Arbeiter hin, der ihm zwei Minuten Zeit, das heisst Geld, gestohlen hatte.

Er nahm mich mit nach dem Büro, liess mich entlohnen, und meine Reise nach Mexiko fiel ins Wasser.

Heinrich Hemmer.

SPD. Länder ohne Frauenstimmrecht.^X Die Propaganda, die in Frankreich gegenwärtig wieder für die Einführung des Frauenstimmrechts durchgeführt wird, lässt erneut die Frage auftauchen, wieviele Länder es in Europa wohl noch geben mag, die den Frauen dieses selbstverständliche Recht vorenthalten. Dabei ergibt sich, dass nicht mehr viele an dieser Rückständigkeit festhalten. Nur in Italien, Bulgarien, Jugoslawien, Frankreich und merkwürdigerweise auch in der sonst so demokratischen und fortschrittlichen Schweiz ist das Frauenstimmrecht bisher noch nicht eingeführt.

Blasen an den Händen.^X Recht schwere körperliche Arbeit muss heute nicht selten auch die Hausfrau leisten. Kohlen, die zur un rechten Zeit kommen, Holz, das gespalten und auf den Boden getragen werden muss, grobe Hackarbeit im Garten verursachen oft schmerzhaftes Blasen an den Händen, die besonders der Hausfrau im Haushalt lästig sind. Ein gutes Verhütungsmittel ist Leukoplast, das schon vor der Arbeit als Schutzhaut auf die Innenseite der Hand geklebt wird. Natürlich gerade an jene Stellen, die sonst die unliebsamen Blasen aufzuweisen pflegen.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 14. November 1932.

Einer besorgt sich Schuhe.^X

SPD. Es roch nach Herbst, nach nassem Laub und kaltem Regen. Unter der grossen Fichte an der Landstrasse oben am Waldrande sass ein Mann und sah auf die kleine Stadt hinunter, die sich talwärts hinzog. So ein Sauwetter, dachte er bei sich, verdammt nass - es wird Zeit, dass man für dieses Jahr die Tippelei an den Nagel hängt. Wenn nur seine Stiebeln ganz wären, dann wäre es ihm ein Leichtes, sich bis nach Berlin durchzuschlagen. In Berlin hatte er der Emil, einen Landstrassengenossen von früher, der im Norden Berlins eine Witwe mit einer Frühstücksstube geheiratet hatte. Dort war er schon im letzten Winter untergekröchen. So in drei bis vier Wochen würde er es bis nach Berlin schaffen - wenn die Schuhe in Ordnung wären.

Er zog seine Schuhe aus, rieb sich die Füsse mit den Fusslappen trocken und betrachtete die Schuhe. Aus - nicht mehr zu gebrauchen. Sohlen durchgelaufen - bei beiden. Ein Jammer. Tja, mein Lieber - sagte er bei sich -, du brauchst ein paar neue Stiebeln; das ist mal klar. Woher nehmen? Man kann sich Stiebeln kaufen - wenn man Geld hat. Ich habe keins. Dann kann man Stiebeln auch klauen - wenn man Talent hat. Einbrechen - deswegen? Lohnt sich nicht. Schaufenster einschmeissen, Stiefel rausnehmen und fortrennen? Schlecht - sehr schlecht! Das muss schlauer gemacht werden. Erst mal eine Zigarette drehen. Er als Fachmann der Tippelei, als Professor der Landstrassenkunde, müsste sich doch Stiefel verschaffen können, wenn er welche brauchte. Also - Stiefel müssen her; das wäre ja noch schöner!

Als er den Rauch der Zigarette genussvoll von sich bläst, sieht er die Strasse herauf einen jungen Burschen kommen, der ein Fahrrad neben sich her schleibt. Beim Anblick des Rades streicht der Tippelbruder sich mit der Hand übers Kinn. Dann grinst er. Als der Bursche herankommt, drückt er schnell seine Zigarette aus; dann nickt er ihm zu und fragt: "Hast Du mal Feuer?" Der Junge sagt: "Kannste haben", stellt sein Rad an die nächste Fichte, holt eine Schachtel Streichhölzer aus der Tasche und wirft sie dem Sitzenden zu. Dann setzt er sich neben ihn auf eine Wurzel. "Du willst wohl ein Luftbad nehmen!" sagt er und deutet auf die nackten Füsse des andern.

"Nasse Beene hab' ich - siehste denn das nich'?"

"Ja, warte mal, ich habe in meinem Affen noch eine Masse Zeitungspapier, das kannst du haben - zum Reinlegen!"

"Das hilft auch nicht lange! Aber gib mal her - ich will's nochmal versuchen." Der Landstreicher nimmt das Papier, legt es in die Schuhe und zieht sie wieder an: "Sag' mal", fragt er dabei den Jüngeren, "bist du eigentlich ein richtiger Tippelbruder? Siehst garnicht so aus. Hast doch auch ein Rad. Bist wohl so 'ne Art Wandervogel, heh?!"

"Nee - ich bin Buchdrucker - arbeitslos. Im Sommer gehe ich eben mit dem Rade los - ist doch viel bequemer. - Aber du siehst doch auch nicht wie'n Stromer aus!"

"Ja, mein Lieber, die Kluftmuss immer anständig aussehen; da hole ich mehr raus beim Klinkenputzen. - Du könntest mir eigentlich mal dein Rad für 'ne halbe Stunde pumpen!" fährt er unvermittelt fort und fügt hinzu: "Bleib nur sitzen, Mensch, ich tu' dir doch nichts! Seh' ich so aus! Also pass mal auf, du pumpst mir dein Rad, ich fahr mal in das Nest da unten, und in einer halben Stunde bin ich wieder da."

"Kommt nicht in Frage", sagt der Andere. "Du bist wohl verrückt. Dann haust Du mit meinem Rade ab, und ich sitze da - nee, nee, da musst du dir einen Dümmeren aussuchen, mit dem du das machen kannst!"

"Mensch, sei doch nicht so albern! Ich komme doch wieder. Ich lass dir als Pfand meine Briefftasche zurück; da sind meine ganzen Papiere drin - da, sieh nach!"

"Wo willstest denn eigentlich hinfahren?"

"Ich will einem nachfahren, der mit mir vierzehn Tage zusammengetippelt ist, und der alleine weiter will. Er hat ein ganzes Päckchen Tabak von mir in seinem Rucksack, weil seiner wasserdicht ist und meiner nicht. Er hat es mir vorhin vergessen zu geben, wie er weg ist. Mit dem Rade hole ich ihn noch ein!"

"Also schön - hau ab! Wenn du nicht wieder kommst, gehe ich mit deinen Papieren zum Ortsbullen!"

Der Andere nimmt das Rad und sagt: "Ich bin gleich wieder da. Damit du dich beruhigst, lasse ich dir auch noch meinen Rucksack da!"

Dann schwingt er sich auf das Rad und fährt die Strasse hinab. In der Stadt sucht er einen Schuhladen. Vor der Ladentür steigt er ab, lehnt das Rad an den Bordstein, geht in den Laden und verlangt ein paar derbe Wanderschuhe, die besten, die da sind, Grösse 41. Eine ältere Frau zeigt ihm ein Paar, das sechzehn Mark kostet, und bittet ihn, einen Schuh anzuprobieren. Er tut es. Der Schuh passt. "Ja, da muss ich aber auch mal den rechten anziehen - der rechte drückt immer, wenn ich neue kaufe." Und er zieht auch den rechten Schuh an, geht einige Schritte hin und her - der Schuh passt glänzend. Auf einmal reisst er die Ladentür auf, schreit: "Warte mal, Fritz!", stürmt hinaus, schwingt sich auf das Rad und fährt davon.

Jetzt heisst es treten, feste treten. Schnell aus der Stadt raus. Er sieht sich um, nachdem er um einige Ecken gefahren ist; - niemand fährt ihm nach. Alles in Ordnung. Nicht mal geschrien hat die Alte.

"Hier hast du dein Rad wieder!" ruft er dem Buchdrucker zu, als er atemlos oben ankommt. "Ich geh' - gib mir mal den Rucksack; ich habe keine Zeit; wir wollen wieder zusammen weiter tippeln; der Andere wartet auf mich!" Er ruft "Servus!" und verschwindet auch schon im Walde.

Der Buchdrucker wundert sich ein wenig, als er im nächsten Dorfe von einem Landjäger angehalten wird, der seinen Rucksack durchsucht und seine Papiere genau prüft.

Karl Stulpner.

Claude Lorrain.

(Zum 250. Todestage des Malers am 21. November.)

SPD. Die Landschaftsmalerei ist das ganze Mittelalter hindurch, ja, selbst noch im Zeitalter der Renaissance, stiefmütterlich behandelt worden. Das ist keine Frage des Könnens, der künstlerischen Technik, sondern der Weltanschauung. Von dem alten kirchlichen Vorurteil, dass das Diesseits ein "irdisches Jammertal" sei, sind auch die Künstler nur ganz allmählich losgekommen. Zum Mindesten sollte man erwarten, bei den führenden Meistern der italienischen Renaissance, die ein ganz neues Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt und damit auch zur Natur heraufgeführt haben, diese Natur verherrlicht zu finden. Aber auch bei ihnen bleibt die Landschaft Hintergrund, Raumandeutung für menschliche Einzelfiguren oder Figurengruppen. selbst bei Lionardo da Vinci der hinter sein Brustbild der Mona Lisa eine abenteuerliche, wild zerklüftete Gebirgsgegend schiebt, oder bei Dürer, der in aquarellierten Skizzen die Schöpfung bis ins kleinste belauscht, sie aber auf seinen Gemälden und in seinen graphischen Blättern stets der Darstellung des Menschen unterordnet.

Und doch entdeckt man bei näherem Zusehen schon unter Dürers Schülern das Bestreben, der Landschaft zu grösserer Bedeutung zu verhelfen. Man muss sich überhaupt an die nordische Kunst halten, wenn man die Anfänge der Landschaftsmalerei entdecken will. Beinahe hundert Jahre vor Dürer malt der schwäbische Meister Lukas Moser auf seinem Tiefenbronner Altar eine ganz erstaunliche "Seefahrt der heiligen Magdalena nach Marseille" mit Wellen, die sie im Sonnenlichte kräuseln. Das war 1431, ein Jahr, bevor Jan van Eyck den Gente Altar vollendete, mit seinem herrlichen Frühlingshimmel und seinen frischen Bäumen. Von da ab läuft die Entwicklung in Flandern und Deutschland parallel. Der Schwabe Konrad Witz, der vor 1450 gestorben ist, malt als Hintergrund zu einem "Fischzug des Petrus" eine deutlich erkennbare Ansicht des Seeufers bei Genf. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts setzt der Holländer Geertgen tot Sint Jans den Evangelisten Johannes, der sich nach der Bibel auf der Insel Patmos befinden sollte, in einen grünen Buchenwald, der von Moritz von Schwind gemalt sein könnte. Und der Flame Joachim Patinir, dessen Gemälde Dürer auf seiner niederländischen Reise besichtigt hat, wird von Dürer selber als "Landschaftsmaler" bezeichnet: das ist schon darum interessant, weil der Ausdruck hier zum ersten Mal erscheint.

Wesentlich an dieser ganzen Entwicklung ist die Entdeckung der nordischen Landschaft. Selbst bei Meister Albrecht gibt es noch Unsicherheiten und Kompromisse: etwa, wie bei den van Eycks, Palmen mitten unter deutschen Laubbäumen. Seine Schüler, die Begründer der "Donauschule": Albrecht Altdorfer und Wolf Huber, sind entschiedener - sie wurzeln schon durchaus in der heimischen Landschaft, deren Schönheiten sie mit rührender Treue festhalten. Aber dann bricht die Parallele plötzlich ab. Das deutsche Nationalgefühl erweist sich als viel schwächer als das niederländische, den Einflüssen aus Italien gegenüber. Die Malerei ist in Deutschland schon um 1550 verdorrt, während sie in den Niederlanden unaufhaltsam weiterblüht und in Peter Breughel, dem "Bauernbreughel", in Rubens und schliesslich in Rembrandt ihre höchsten Gipfel erklimmt. Für Breughel ist eine "Bekehrung des Paulus" oder ein "Bethlehemitischer Kindermord" nur Vorwand für seine vollkommen modern anmutenden, von allen mittelalterlichen Schlacken gereinigten Landschaftsbilder, und die Holländer des 17. Jahrhunderts, mit Rembrandt an der Spitze, können endlich auch diese figurlichen Vorwände entbehren und - was selbst Rubens noch nicht gewagt hat - die Landschaft um ihrer selbst willen malen.

So ist die Situation, als im 17. Jahrhundert die französische Kunst ihre Ansprüche geltend macht. Sie befindet sich in einem merkwürdigen Dilemma: landschaftlich gehört sie den nordischen, der Rasse nach den südlichen Nationen zu. Dementsprechend unterscheidet man zwischen zwei Strömungen: der "gallo-fränkischen", d.h. bodenständigen, und der "gallorömischen", von Italien her orientierten Kunst. Die originellsten Künstler sind nordfranzösischer, d.h. überwiegend germanischer Abstammung: Jacques Callot, der grosse Radierer, ist Lothringer, und Nicolas Poussin, der Hofmaler, ist Normanne. Aber der Wille des Königshofes ist entscheidend: französische Maler müssen in Rom ausgebildet werden, wo eine kostspielige französische Kunstakademie unterhalten wird. Als Vorbilder haben zu dienen die Antike und Raffael. Also auch hier ist wieder in Deutschland die italienische Kunst Trumpf. Aber sie wird wenigstens gepflegt und auf ein Ziel hingelenkt, während sie bei uns, wo man im Zeitalter des dreissigjährigen Krieges überhaupt kein Nationalbewusstsein hat, verkommt: an deutschen Fürstenthöfen werden ausländische Künstler bevorzugt.

Claude Lorraine, nach seiner Heimat "der Lothringer" genannt, "Lorrain", ist ein Aussenseiter gewesen, eines armen Pastetenbäckers Sohn aus der Gegend von Toul. Der Vater wusste nicht, was er mit ihm anfangen sollte: zum Ofenheizen und Teigrühren war er nicht zu gebrauchen. Auch der letzte Ausweg, aus dem Jungeneinen Geistlichen zu machen, erwies sich als ungangbar, denn er wollte nicht lesen und schreibenlernen. Schliesslich lief er von Hause weg, verdingte sich als Diener bei einigen flämischen Malern, die nach Rom zogen,

und kam als Koch zu dem Maler Agostino Tassi. Und nun kommt das Erstaunliche: der junge Claude studierte die Gesetze der Mathematik und Physik und belauschte frühmorgens die Natur im Erwachen. Dabei traf ihn einmal der Frankfurter Maler Joachim von Sandrart, von dem er lernte, wie man unmittelbar nach der Natur, ohne Vorzeichnung, malen könnte. Das betrieb Claude Gellée ein paar Jahre lang mit Eifer unter den grössten Entbehrungen, bis er mit seinen Gemälden hervortrat und wie ein Wunder bestaunt wurde. Als dann die grossen Ehrungen und Erfolge kamen, zog er sich von den Menschen, die er gründlich verachten gelernt hatte, zurück, empfing nur Wenige in seiner Villa, die um ihrer schönen Gartenanlagen willen berühmt war, und verkaufte seine Landschaftsbilder für enorme Preise.

Claude Lorrain ist ein Kind seiner Zeit und ein echter "Gallorömer" gewesen: er malte nicht unmittelbar, was er sah, sondern stilisierte oder "heroische" Landschaften mit antiken Tempeln, Seehäfen und dergleichen hineinkomponierter Architektur. Auch biblische oder mythologische Figuren durften nicht fehlen. Aber Stimmungsträger war einzig und allein die Landschaft, vor allem das Licht. Himmel und Wasser erfüllt der Künstler mit einem zauberischen Spiel des Sonnenlichts, und seine goldene, später silbrige Atmosphäre ist unerreich geblieben. Seine Meisterwerke findet man in allen grossen europäischen Galerien; aus dem Besitze des Landgrafen von Hessen-Kassel ging in den Napoleons und schliesslich in den des russischen Herrscherhauses die Folge der vier Tageszeiten über, die zu den Schätzen der Petersburger Eremitage zählt.

Claude Lorrain, der 1682 in Rom starb, ist gewiss alles eher als ein Freilichtmaler gewesen. Aber er steht in vorderster Reihe unter den Künstlern, die wir als "Stimmungsmaler" bezeichnen. Er war es in gutem Sinne - ohne jeden kitschigen Beigeschmack.

Hermann Hieber.

Adolf Erik Nordenskiöld.^x

(Zu seinem 100.Geburtstage.)

SPD. Man schrieb den 18.Juli 1879. Zweihundertvierundneunzig lange Tage hatte das Expeditionsschiff des schwedischen Professors Nordenskiöld in der Nähe der Koliutschin-Bai im Norden Sibiriens vor Anker gelegen. Fast ein Jahr lang hatte das winterliche Meereis das Schiff in brutaler, unbesiegbarer Umklammerung gehalten. In nachbarlicher Gemeinschaft mit primitiven Nomaden hatte die Besatzung diese harte, unerwünschte Zeit verbracht. Wie ein Felsen hatte das Schiff unverrückbar festgelegen. Die Leute an Bord hatten schon längst vergessen, dass das hölzerne Gebäude sich einmal sanft schaukelnd auf den Fluten des Eismeereres gewiegt hatte. Am 18.Juli wollte man sich wie gewöhnlich zum Mittagstisch niedersetzen. Da ging plötzlich ein Schwanken, ein leichtes Schwingen und Wiegen durch das Schiff. Der Kapitän stürmte an Deck, die Mannschaft jubelte: die langersehnte, in den letzten Monaten täglich erhoffte Befreiung war endlich da. Knapp zwei Stunden später, genau zwei Uhr dreissig Nachmittags, begann die Schraube der "Vega" sich vorsichtig zu drehen. Freudenschüsse donnerten nach dem langsam entschwindenden Festlande hinüber. Und vierzig Stunden später war eine Tat vollendet, um die sich die seefahrende Menschheit seit mehr als 300 Jahren bemüht hatte: Die nordöstliche Durchfahrt, der Seeweg von Europa nach Asien durch das nördliche Eismeer war gefunden. Am 20.Juli, elf Uhr Vormittags, war die "Vega" mitten in der Meerenge, die das nördliche Eismeer mit dem Stillen Ozean verbindet. "Zur Feier dieser Leistung wurden alle Flaggen gesetzt," schreibt Nordenskiöld, "und mit dem schwedischen Salut begrüsst das Fahrzeug die Alte und die Neue Welt. Die Nordostpassage war vollbracht!"

Diese Reise, die am 24.März 1880 in Stockholm ihr Ende gefunden hat, war

das grösste Ereignis in dem an Erlebnissen, Entdeckungen und erfolgreicher Forschungsarbeit reichen Leben Nordenskiölds.

Das Leben dieses Mannes war scheinbar eindeutig vorgezeichnet. Sein Vater war Mineraloge von Rang. Ihm unterstanden die finnischen Bergwerke. Sein Sohn wurde ebenfalls Mineraloge, und es war selbstverständlich, dass auch er in russische Staatsdienste treten würde. Nach Beendigung seiner Studien erhält er ein kleines Amt, in dem er sich durchaus nicht wohl fühlt. Er verkracht sich gründlich mit dem russischen Statthalter und wird einfach ausgewiesen. Nordenskiöld sucht und findet zunächst in Deutschland Zuflucht. Dann geht er über die Ostsee nach Schweden. Und hier beginnt sein Aufstieg. Der grosse schwedische Gletscherforscher Otto Torell, der aus Gletscherschliffen, die er in Rüdersdorf-Kalkberge bei Berlin fand, auf die Vergletscherung Mitteleuropas geschlossen hatte und damit der Begründet der auch heute noch unerschütterten Eiszeittheorie geworden ist, fordert den jungen Nordenskiöld auf, ihn nach Spitzbergen zu begleiten. Zum ersten Male umfährt den jungen Gelehrten die geheimnisvolle Welt der Arktis, die ihn immer und immer wieder anziehen sollte und für sein ferneres Leben bestimmend geworden ist. Der ersten Reise, die im Jahre 1858 durchgeführt wurde, folgte 1861 eine zweite Spitzbergenfahrt, die ebenfalls unter Torells Leitung stand. Nordenskiöld war inzwischen Professor und Intendant des Stockholmer Museums geworden. Und nun beginnt die lange Kette der Polarfahrten, die von dem grossen Gelingen der nordöstlichen Durchfahrt gekrönt werden sollte. 1864 und 1868 leitete Nordenskiöld selbst zwei Reisen nach Spitzbergen, bei denen er von den Kapitänen Otterer und Palander begleitet wurde. Es gelang ihm, den Charakter der geheimnisvollen Insel im Eismeer, die heute sogar industriell ausgenutzt wird, zu erkennen. Damals dachte man noch nicht daran, auf Spitzbergen einen regelrechten Bergwerksbetrieb einzurichten. Unserm Jahrhundert blieb es vorbehalten industrielle Arbeitsmethoden sowohl in die Tropen als auch in die Antarktis zu verpflanzen. 1870 ist Nordenskiöld zum ersten Male in Grönland, an dessen Westküste er Forschungen über den geologischen Aufbau des Landes anstellt, und dessen Eisverhältnisse er eingehenden Prüfungen unterzieht. Dann aber richtet sich sein Blick nach einer weiteren Spitzbergenreise nach Osten. Immer wieder war behauptet worden, dass es gewagt, ja, unmöglich sei, die Eismeerküste Sibiriens auf einer Fahrt durch das Karische Meer zu erreichen. Die Eisverhältnisse waren ebenso ungeklärt wie die Strömungen.

Nach gründlichen Vorarbeiten startet Nordenskiöld mit der kleinen "Pröve" und fährt nicht nur in die Mündung des Ob, sondern auch in die des Jenissei. Heute gibt es hier einen ganz regelmässigen Handelsweg, der unter Beachtung der klimatischen Gegebenheiten ausgenutzt wird. Damals jedoch erregte die Reise Nordenskiölds das grösste Aufsehen. Es wurden Stimmen laut, die von günstigen Zufällen und dem Eintreffen besonders guter Verhältnisse wissen wollten. Daher bewies Nordenskiöld mit einer zweiten Fahrt, die er 1876 mit dem Dampfer "Ymer" unternahm, dass sich diese Reisen genau so sicher und einwandfrei durchführen liessen wie Fahrten nach bekannten Häfen der Welt. Auf Grund dieser Erfahrungen wagten Nordenskiöld nun die grosse nördliche Umfahrt um Asien, durch die er zu einem der grössten Entdecker aller Zeiten wurde. Die Reise wurde trotz des erheblichen Widerstands mancher Gelehrten mit Unterstützung der schwedischen Krone und zweier Kaufleute, die ihre Handelsinteressen mit dem wissenschaftlichen Forscherwillen Nordenskiölds verbanden, durchgeführt. Ausser der "Vega" nahmen noch die "Lena", der Dampfer "Fraser" und das Segelschiff "Express" an der Reise teil. Von vorn herein war bestimmt worden, dass die grosse Umfahrt von der "Vega" durchgeführt werden sollte, während die andern Schiffe im nördlichen Sibirien Handelsgüter austauschen sollten. Die ganze Reise wurde mit grossem Erfolge vollendet; Nordenskiöld konnte an ihrem Schlusse feststellen, dass das grosse Werk erreicht worden sei ohne Aufopferung eines einzigen Menschenlebens, ohne Krankheit unter den Teilnehmern der Expedition und ohne die geringste Beschädigung des Schiffes.

Dieser Stolz war umso berechtigter, als es damals nicht zu den Seltenheiten gehörte, dass Forschungsfahrten unglücklich endeten, weil die heute allgemein geltenden hygienischen und ernährungskundlichen Kenntnisse noch nicht gewonnen waren.

Noch einmal zog Nordenskiöld ins Land der Gletscher, nach Grönland, das er mit dem Schlitten durchfuhr, wobei er etwa 117 Kilometer weit ins Innere eindrang. Wie gefahrvoll solche Reisen sind, zeigt der tragische Tod, den sein grosser Nachfolger, der deutsche Professor Wegner, vor kurzem im weissen Schweigen Grönlands gefunden hat. Den Rest seines Lebens verbrachte Nordenskiöld mit geschichtlichen und kartographischen Studien. Am 18. November dieses Jahres feiert die wissenschaftliche Welt den 100. Geburtstag dieses Mannes, der sein Leben in den Dienst der Polarforschung gestellt hat. In Dalbyö bei Lund schloss der tatenreiche Mann am 12. August 1901 die Augen.

Willy Möbus.

----- Das Schlachtfest.^x -----

SPD. Das Schlachtfest ist ein ländliches Winterfest, das wesentlich in der Zeit vom Martinstage, dem 11. November, bis zum Thomastag, dem 21. Dezember gehalten wird. Man schlachtet ja heute noch für den Winter ein Schwein in den Familien, die sich diesen Genuss gönnen können, und in manchen Gegenden bedeutete lang dies Schweineschlachten ein Fest für das ganze Dorf. So waren zum Beispiel im Hessischen an manchen Orten die Kinder am Schlachttage schulfrei. Im Harz gab es anschliessend am Abend einen grossen Schlachtschmaus, den man in der Lüneburger Heide als "Wurstkost" bezeichnete, weil die Gäste eine aus den letzten Fleischresten mit Grütze, Zwiebeln und Blut hergestellte Wurst erhielten. In Hessen gab es dazu auch noch den "Schlachtekohl", fett gekochten Sauerkohl.

Wenn nicht die Leute selbst, sondern der Dorfschlachter das Schlachten besorgte, so schlossen sich allerlei drollige Bräuche an. Wieder im Hessische durften die schulfreien Kinder den Schlachter nicht bei der Arbeit stören; selbst zog er ihnnein Stück leeren Wurstdarms durch den Mund. Bei dem Schlachtschmause sass der Schlachter als gefeierte Person oben an der Tafel. Im Brandenburgischen kamen die Mädchen aus der Spinnstube und sangen um eine Wurst. Wenn sie mit dieser Wurst weggingen, lief man hinter ihnen her und goss einen Topf Wasser über sie. In andern Gegenden kamen die Dorfburschen in einer Verkleidung und bettelten um Wurst. Und im Braunschweigischen befestigte man dann einem der Verkleideten, ohne dass er es merkte, einen Schweineschwanz auf dem Rücken. Arme Kinder verkleideten sich auch oft als "Wurstmännchen", und im Harz gab man die Wurstsuppe den Dorfarmen. Auch in der Schweiz singen die Kinder um "Würstli". Dort bitten sie:

"Nicht gar so kleine,
Lieber zwei für eine."

Man führt auch dieses Schlachtfest zum Teil auf heidnische Bräuche, alte Familienopfer zurück. In der christlichen Zeit verlegte man dann das alte Fest auf christliche Feiertage, den Tag des heiligen Martin, des Thomas, vereinzelt auch schon auf den früher fallenden Gallustag, den 16. Oktober.

H.L.

Zigarettenpapier.^x

=====

SPD. Berlin ist eine grosse Stadt. Mit vielen Vororten, die alle zu Berlin gehören: Spandau, Weissensee, Karlshorst, Stralau....

Nun hat sich in Berlin-Spandau eine Zigarettenfabrik aufgemacht: Olympia Zigaretten wollen wir sie nennen. Deren Inhaber beschlossen: wir nehmen das hauchdünnste, feinste, leichteste Papier, damit schlagen wir jede Konkurrenz. Zigarettenmarken gibt's genug; wir müssen etwas Aussergewöhnliches bieten!

Sie hatten gehört, in Buenos Aires gäbe es ein Papier, das an Zartheit und Aroma - auch Papier hat Aroma! - nirgendwo seinesgleichen hätte.

Man bestellte eine kleine Ladung.

Das Papier kam, war herrlich, aber teuer.

Die Direktion beschloss, nach Argentinien zu reisen, um dort mit den Herren des Buenos Aires-Papiers wegen grösserer laufender Lieferungen bei weitaus niedrigerer Preisstellung zu verhandeln.

Drei Herren reisten nach Argentinien. Kamen an, eilten nach den Papierwerken. "Sie haben so gutes Papier; darüber wollen wir mit Ihnen reden. Haben Sie ein besonderes Fabrikationsgeheimnis?"

"Nein, wir haben kein besonderes Geheimnis. Das Papier trägt nur den argentinischen Stempel. Wir sind Händler und Verkäufer. Wir stellen das Papier nicht selbst her."

"Sondern?"

"Wir beziehen es aus Deutschland."

"Aus Deutschland?" echoten die Drei.

"Jawohl. Es wird in Berlin-Weissensee fabriziert!"

Peter Omm.

=====

SPD. Von Gottes Gnaden.^x Madame Dubarry, die Geliebte Ludwigs XV., war auch die intime Freundin des Herrn d'Aiguillon. Dieser wollte, obwohl seine Fähigkeiten sehr gering waren, gern Minister des Aeusseren werden, aber der König machte keine Anstalten, ihm das Amt anzuvertrauen. Da sagte die Dubarry eines Tages zu ihrem Günstling: "Lieber Freund, Sie gehen morgen einfach zum König und bedanken sich bei ihm für Ihre Ernennung." Als einige Stunden später der König zur Dubarry kam, bemerkte sie beiläufig. "Herr d'Aiguillon wird morgen kommen und Ihnen für seine Ernennung zum Minister des Aeusseren danken." Der König, der sehr willensschwach und bequem war, erwiderte kein Wort. Am andern Morgen bekam d'Aiguillon Angst und äusserte der Dubarry gegenüber starke Bedenken: der König könnte doch ungehalten werden. "Ach was," antwortete die Dubarry, "ich befehle Ihnen, zur Audienz zu gehen." Der Verzagte ging, sprach vor dem König genau die Worte, die ihm seine Freundin aufgetragen hatte, und Ludwig XV. sagte wieder kein Wort. Am gleichen Tage trat d'Aiguillon seine neue Stellung an. So liess sich der schwache König bevormunden.

=====

SPD. Der unmusikalische Heine.^x Am 11. März 1829 hörte Heinrich Heine, wie Rahel Varnhagen erzählt, mit Rahel zusammen Bachs "Matthäus-Passion", die ja an das Musikverständnis des Laien ziemlich hohe Anforderungen stellt. "Bei der Geschichte," bemerkte Heine am nächsten Tage, "habe ich acht Groschen Profit gehabt: der Platz kostete mir einen Gulden (2,20 Mark), und für einen Taler habe ich mich gelangweilt."

=====